

100 jahre cvp graubünden

**kdp konservativ-demokratische partei graubündens
1903 - 1938**

**kvp konservative volkspartei graubünden
1938 - 1951**

**konservative und christlichsoziale volkspartei graubünden
1951 - 1971**

**cvp christlichdemokratische volkspartei graubünden
seit 1971**

autorenverzeichnis

- Peder Anton Augustin
Alt-Kreispräsident, Alvaschein
- Christian Camathias
Alt-Gewerkschaftssekretär CHB, Laax
- Roman Cantieni
lic. iur., Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Generalsekretariats CVP Schweiz,
Präsident Junge CVP Graubünden, Ilanz
- Giusep Capaul
Dr. phil., Alt-Chefredaktor Gassetta Romontscha,
Disentis
- Fidel Caviezel
Dr. iur., Rechtsanwalt, Alt-Kanzleidirektor, Chur
- Silvia Degiacomi
lic. iur., Hotelière, Präsidentin CVP-Frauen GR,
St. Moritz
- Stefan Engler
lic. iur., Rechtsanwalt, Regierungspräsident 2003,
Surava
- Patricia Giger-Capeder
Parteisekretärin CVP Graubünden, Chur
- René Hefti
Alt-Parteisekretär CVP Graubünden, Valbella
- Bernardo Lardi
Dr. iur., Rechtsanwalt, Alt-Regierungsrat, Chur
- Carmelia L. Maissen
dipl. arch. ETH, Sevgein
- Theo Maissen
Dr. ing. agr. ETH, Ständerat und Parteipräsident
CVP Graubünden, Sevgein
- Philipp Stähelin
Dr. iur., Rechtsanwalt, Ständerat und Parteipräsident
CVP Schweiz, Frauenfeld
- Ettore Tenchio
Dr. iur., Rechtsanwalt, Alt-Nationalrat und Alt-Regierungsrat, Chur/Roveredo

Herausgegeben von der CVP Graubünden
© 2003 CVP Graubünden
Auflage: 1500 Exemplare
Redaktion: Patricia Giger-Capeder, Chur und René
Hefti, Valbella
Satz und Gestaltung: Carmelia L. Maissen, Sevgein
Druck: Spescha & Grünenfelder, Ilanz

inhalt

Stefan Engler christ und politik	7
Philipp Stähelin jubiläumsgrüsse der cvp schweiz	8
Patricia Giger-Capeder die föderal-konservativen, vor 1903 parteipioniere der gründerjahre	10 13
Carmelia L. Maissen 100 jahre cvp graubünden – ein historischer abriss	21
Giusep Capaul la lavina nera ni ina partida ella partida	32
Bernardo Lardi il pdc nelle valli grigionesi di lingua italiana	44
Peder Anton Augustin istorgia dalla parteida cristian-democratica an surmeir	47
Silvia Degiacomi cvp-frauen graubünden	50
Roman Cantieni 20 jahre junge cvp graubünden	52
Christian Camathias die christlichsoziale politische bewegung in graubünden	54
René Hefti/Ettore Tenchio konservativ-christlichsoziale volkspartei eine dynamische partei – staatstragend und sozial	57
Fidel Caviezel mandatsträger der cvp seit der gründung von 1903	60
Theo Maissen aktualität und profil christdemokratischer politik	74
zum schluss/ein wort des dankes	78

stefan engler



Viele Menschen finden sich in der politischen Situation von heute nicht mehr zu recht. Es herrscht Unsicherheit über Ausmass, Wert und Ziel des wirtschaftlichen Wohlstandes, über das Sinnvolle des technischen Fortschritts. Man hat den Eindruck, als seien wir alle zwar Spezialisten, die das Ganze aber aus den Augen verloren haben. Den Menschen geht es vielleicht materiell besser als noch vor 50 Jahren, aber sie sind deswegen keineswegs zufriedener.

In einer sich immer schneller wandelnden Welt wächst die Sehnsucht der Menschen nach Orientierung und Halt. Offensichtlich muss mehr als der Wohlstand gesichert werden. Es müssen Werte gesichert werden, die jenseits von Angebot und Nachfrage liegen und die die Menschen so notwendig brauchen, wie das tägliche Leben: eine gesunde Lebenswelt, menschliche Zuwendung, Geborgenheit, Vertrauen, Sinn für das Leben. Letztlich sind es diese christlichen Grundüberzeugungen, die Orientierung und Halt bieten. Zu unseren christlichen Wurzeln zu stehen ist zugleich Programm unserer Partei wie Verpflichtung für all diejenigen, die, auf welcher Stufe auch immer, politische Verantwortung wahrnehmen. Staat und Politiker müssen für Lebensverhältnisse sorgen, in denen Freiheit und Würde für alle Menschen erlebbare Wirklichkeit werden.

Die tägliche Auseinandersetzung mit den politischen Themen erfolgt vor diesem Hintergrund nicht ohne Meinungsverschiedenheiten und auch nicht widerspruchsfrei. Die von uns – nicht exklusiv – vertretenen Werte werden in unserer je länger je mehr orientierungsbedürftigen Gesellschaft aber wieder zunehmend an Aktualität und Bedeutung gewinnen. Das "C" bleibt für uns das Fundament unserer politischen Grundwerte und unseres Menschenbildes. Diesem Erbe wollen wir treu bleiben; als Kompass des verantwortlichen Handelns in einer freien Gesellschaft.

Politik ist ein hartes, manche sagen auch ein schmutziges Geschäft. Zur Politik gehört, dass Interessen und Haltungen vertreten werden. Das ist solange nicht anstössig, als das Interesse und die persönliche Bindung offen gelegt werden. Die Leitplanken hierzu bildet die christliche Weltanschauung. Im Unterschied zur politischen Traktandenliste, die allzu oft nur dem Zeitgeist folgt, ist sie eine Konstante, ein Orientierungspunkt und zeitlos aktuell. Entscheidend ist, dass wir Verantwortung übernehmen und uns engagieren für ein lebenswertes Leben, für eine lebenswerte Welt.

Nicht weniger als vor 100 Jahren sind wir Politikerinnen und Politiker der CVP aufgefordert, ein Stück dieses Weges hin zu einer lebenswerten Welt selbstbewusst und entschlossen mitzugestalten. Dafür wünsche ich der Kantonalpartei und uns allen Mut und Ausdauer.

jubiläumsgrüsse der cvp schweiz

philipp stähelin



Ich gratuliere der CVP Graubünden recht herzlich zu ihrem 100-jährigen Bestehen. Es freut mich ausserordentlich, einer Kantonalpartei gratulieren zu dürfen, die es geschafft hat, an den Grossratswahlen vom Mai 2003 drei Sitze hinzuzugewinnen. Dies ist eine grosse Leistung und symbolisiert den Anfang des Siegeszugs der CVP Schweiz im neuen Jahrtausend.

Ich danke der CVP Graubünden für ihre immerwährende Treue und für ihre aktive Beteiligung bei der CVP Schweiz. Mögen die Wege auch weit sein, die Bündner sind stets dabei.

Noch lange werden mir die Mariä Himmelfahrts-Prozession des letzten Jahres in Müstair und das anschliessende Risottoessen, organisiert von der CVP Val Müstair, in Erinnerung bleiben. Das entspricht gelebter Kultur im Sinne von "le parti suisse".

politik der einheit

Unser Land steht vor Richtungswahlen: Die Schweizerinnen und Schweizer werden sich im Herbst 2003 zwischen einem verfahrenen, polarisierten und blockierten Umfeld oder einer zukunftsgerichteten und lösungsorientierten Politik entscheiden müssen. Sie werden sich entscheiden müssen zwischen verschärften Verteilungskämpfen unter arm und reich, jung und alt, Peripherie und Zentrum – oder einer Politik des nationalen Ausgleichs. Eine Stärkung der politischen Ränder bedeutet die Infragestellung unserer nationalen Einheit: Die Schweiz mit ihren drei Landesteilen, mit ihren vier Landessprachen, mit Stadt und Land braucht den Ausgleich. Sonst zerbricht unser Land.

die cvp ist die politik der einheit, ist "le parti suisse"

Die CVP war, ist und bleibt die Antwort auf die zentralen Herausforderungen unseres Landes. Die CVP kämpft dafür, dass es sich in unserem Land wieder lohnt, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben. Eltern wollen wir spürbar entlasten: finanziell und durch Hilfsangebote bei der Kinderbetreuung.

Die CVP kämpft für eine erneuerte Marktwirtschaft in sozialer Verantwortung, mit gesicherter Grundversorgung und einem Schub an Innovation. Wir fordern eine drastische Vereinfachung der Verwaltung und einen Abbau der Bürokratie. Unser Steuersystem muss einfacher werden. Das

Wirtschaften für Unternehmen und Private muss einfacher werden. Wir ebnen damit den Weg für neue Arbeitsplätze und eine eigentliche Innovationswirtschaft.

cvp wählen heisst randregionen stärken

Der ländliche Raum ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gemeinschaft Schweiz. Wo sonst finden wir in der Schweiz den so nötigen Erholungsraum?

Die Infrastruktur, die Wirtschaft – insbesondere die KMUs – sind zu erhalten, und es sind hierfür günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Darin sehe ich auch die wichtigste Aufgabe der Politik. Es ist für den Zusammenhalt in der Schweiz wichtig, dass alle Regionen an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. In diesem Sinne hat denn auch in der Politik die Förderung der Berggebiete und ländlichen Regionen Tradition. Die Bundesverfassung bezeichnet die dezentrale Besiedelung als wichtiges politisches Ziel für unser Land. Somit soll die Regionalpolitik auf dieses Ziel hin arbeiten. Erst lebendige Regionen machen ein gutes Ganzes aus. Zur Erreichung dieses Ziels braucht es eine flächendeckende Grundversorgung mit wichtigen Gütern, die ein Leben vor allem auch in peripheren Gebieten ermöglicht. Regionaler Ausgleich schafft den nationalen Zusammenhalt. Dafür sorgen wir!

die föderal-konservativen, vor 1903

patricia giger-
capeder



Die sprachlich-kulturelle Verschiedenheit und geographische Ausdehnung des Kantons Graubünden erschwerten lange Zeit die Schaffung auch nur lockerer, parteiähnlicher Gebilde. Eine Ausnahme bildete einzig die Surselva, wo starke konservative Strömungen in der Bevölkerung vorhanden waren. Seit 1861 entsandte die Surselva in der Person von Johann Rudolf von Toggenburg einen konservativen Katholiken als Nationalrat nach Bern.

Im Kampf gegen den zunehmenden Bundeszentrismus, den sie 1872 bei der Volksabstimmung über die total revidierte Bundesverfassung erfolgreich bekämpften, und für die kantonale Verfassungsrevision von 1880, nach der die Ständeräte durch das Volk gewählt werden sollten, schlossen sich katholisch-konservative und reformierte Föderalisten im Bündner Grossen Rat zu einer föderal-demokratischen Allianz zusammen. Sie besaßen weder Statuten noch ein verbindliches Parteiprogramm. Der Konservative Verein Chur führte die Kampagnen. Der Souverän wurde von Fall zu Fall durch die Presse und an Markttagen mobilisiert und instruiert. Die Auseinandersetzung um die eidgenössische und kantonale Verfassungsrevision führte zu ersten parteiähnlichen Gruppierungen, wenn auch noch nicht von Parteien im heutigen Sinne die Rede sein konnte.

Nach der knappen Ablehnung der Revision der Bundesverfassung von 1872 eroberten die Föderalisten viele wichtige politische Ämter im Kanton. So besetzten sie alle drei Regierungssitze und hielten beide Ständeratsmandate, zudem wurden die Mitglieder der Standeskommission und des Erziehungsrates durch Föderalisten ersetzt.

1874 gelangte eine neue, abgeänderte Revisionsvorlage der Bundesverfassung zur Abstimmung. Die von den Liberalen abgefasste Vorlage stellte die bundeszentralistischen Anliegen zwar zurück, vertiefte aber mit den sogenannten Kulturkampftiteln die konfessionellen Gräben. Dies hatte zur Folge, dass die überkonfessionellen konservativen Allianzen ins Wanken gerieten. Die reformierten Konservativen stimmten diesmal für die Vorlage, die dann auch klar angenommen wurde. Die Föderalisten verloren die von ihnen besetzten Ämter wieder.

Im Mai 1877 wurde am Cumin (Landsgemeinde) der Cadi in Disentis Caspar Decurtins zum Mistral und in den Grossen Rat gewählt. Dieser setzte sich stark für die von der föderal-demokratischen Allianz verfolgten Ziele ein.

So brachte die Allianz 1880 die neue Kantonsverfassung erfolgreich durch und besetzte bei der ersten Volkswahl im März 1881 mit Remigius Peterelli aus Savognin und Peter Conradin Ro-

medi aus Madulain wieder beide Ständeratssitze. Auch bei den Nationalratswahlen im Herbst desselben Jahres wurden die drei Kandidaten der Allianz, Hermann von Sprecher, Caspar Decurtins und Johann Schmid, gewählt. Bis ins Jahr 1892 trotzte die Allianz den liberalen Angriffen.

Innere Spannungen zwangen 1891 zu einer organisatorischen Umwandlung dieser Allianz in eine Partei. Man verzichtete vorerst auf Statuten und auf ein verbindliches Programm. Die zunehmende Konfessionalisierung des katholischen Flügels unter Caspar Decurtins und dessen autoritärer Führungsstil führten zu Spannungen mit dem reformierten Flügel. In diesem Jahrzehnt festigte sich Katholischbünden als konservative Bastion. Der Führer der reformierten Gruppe, Nationalrat Alfred von Planta, verzichtete jedoch auf die Gründung einer eigenen Partei und blieb auch nach der Realisierung der Konservativ-demokratischen Partei im Jahre 1903 deren Mitglied.

Die grosse Mehrheit um Caspar Decurtins und Hermann von Sprecher vertrat als Föderal-demokratische Partei den sogenannten "alten Kurs", das heisst Antizentralismus auf allen Ebenen, Festhalten an der Überkonfessionalität der Partei und an Decurtins sozialpolitischem Kurs. Der sogenannte "neue Kurs" der Regierungsräte Plazidus Plattner und Johann Josef Dedual forderte dagegen die Abkehr vom rigorosen Antizentralismus und die Gründung einer rein katholischen Partei. Dedual vertrat die Ansicht, dass die Katholiken eigentlich eine Partei für sich bilden sollten und dass es Aufgabe der konservativen und demokratischen Elemente der Reformierten wäre, sich ebenfalls zu einer eigenen Partei zusammenzutun. Dies sollte keine Kriegserklärung an die reformierten Konservativen sein, vielmehr galt es, die freundschaftlichen Beziehungen unter dem Wahlspruch "Getrennt marschieren, vereint schlagen" zu pflegen.

Am 10. Januar 1892 starb Ständerat Remigius Peterelli in Bern. Die konservativen Katholiken wollten neben dem reformierten Föderalisten Peter Conradin Romedi wieder einen der ihren nach Bern senden. Als mögliche Nachfolger wurden Johann Josef Dedual und Plazidus Plattner genannt. Die Allianz war jedoch gespalten. Die Führerschaft der konservativen Reformierten befürchtete, dass mit der politischen Beförderung Deduals auch dessen Ideen verwirklicht würden. So wurde Plazidus Plattner als Kandidat der Allianz aufgestellt. Die Freisinnige Partei gab sich nicht sehr kämpferisch und stellte als Gegenkandidaten den bejahrten Luzius Raschein auf. Als dieser gewählt wurde, war dies für die Konservativen eine Überraschung. Das Debakel innerhalb der Allianz war gross. Die Schuld an dieser Niederlage schrieb man Johann Josef Dedual und Plazidus Plattner zu.

Im Vorfeld der Nomination Plattners war im Landeskomitee eingehend diskutiert worden, ob man nach zwölf Jahren Doppelbesetzung durch die Konservativen nicht die Hand zu einem Kompromiss mit der Freisinnigen Partei reichen wolle. Der freie Ständeratssitz sollte an den Freisinn abgetreten werden, allerdings unter der Bedingung, ihn bei den Erneuerungswahlen von 1893 wieder zurückzuerhalten. Vor allem die reformierten Föderalisten unterstützten diesen Vor-

schlag. Plazidus Plattner war jedoch der Auffassung, dass man den Katholiken nicht zumuten könne, einen liberalen Kandidaten zu wählen. In einer von mehreren Politikern unterzeichneten vertraulichen Broschüre versuchte man die Gründe, die zur Niederlage geführt hatten, zu erhehlen. In der Broschüre, die man "konfidentiell" zu verbreiten versuchte, wurden Dedual und Plattner hart angegriffen. Caspar Decurtins und seine Anhänger glaubten fest daran, dass der Kompromiss das geeignetste Mittel zur Wahrung der föderal-demokratischen Stellung im Kanton gewesen wäre. Plattner habe durch seine sture Haltung diesen zunichte gemacht. Nicht nur ihr Konservatismus, selbst ihre katholische Gesinnung wurden Dedual und Plattner zur Last gelegt. Die Broschüre gelangte entgegen der Absicht der Verfasser zu den Betroffenen, worauf diese mit einer "nothgedrungenen Erwiderung" auf die in der "konfidentiellen" Broschüre gemachten Vorwürfe reagierten. Damit war der Zwist da.

Um sich gegen den Boykott, den die konservative Presse gegen die Aufnahme seiner Artikel verhängt hatte, doch verteidigen zu können, kaufte Johann Josef Dedual den "Prättigauer Allgemeinen Anzeiger", der in Schiers gedruckt wurde, und gab der Zeitung den Namen "Graubündner Allgemeiner Anzeiger". Am 1. Juli 1892 erschien das Blatt erstmals. Hauptsächlicher Mitarbeiter war Regierungsrat Plazidus Plattner. Eine breite Unterstützung genoss das Blatt jedoch nicht, nicht einmal bei den Katholiken, welche sich unter dem Einfluss anderer konservativer Meinungsmacher von der bisherigen konservativen Haltung nicht trennen zu können glaubten. Prinzipiell hat man jedoch Dedual und Plattner nicht beikommen können.

Da Dedual den Kurs der Föderal-demokratischen Partei nicht mitmachen und den Liberalismus nicht akzeptieren wollte, blieb er zwischen den beiden grossen Parteien im Kanton isoliert. Den Föderaldemokraten war er zu wenig föderalistisch und den Liberalen zu katholisch. Sein "Graubündner Allgemeiner Anzeiger" fand daher nicht die nötige finanzielle Unterstützung. Auf Neujahr 1898 liess Dedual sein Blatt eingehen.

Am 28. Mai 1899 wurden von der föderal-demokratischen Fraktion des Grossen Rates einstimmig die neuen Statuten der Föderal-demokratischen Partei angenommen. Fraktionspräsident war damals kein geringerer als Grossrat Julius Dedual, Sohn von Alt-Regierungsrat Johann Josef Dedual. Bereits am 4. September 1899 erhielt das Landeskomitee der Föderal-demokratischen Partei den Auftrag, Vorschläge für die Schaffung von Lokal- und Kreiskomitees auszuarbeiten. Mit der Wahl von Franz Peterelli im Jahre 1899 war auch wieder ein Katholik im Ständerat vertreten.

Im Oktober 1901 forderte Alois Steinhauser – wie zehn Jahre zuvor Plazidus Plattner und Johann Josef Dedual – anlässlich einer in Ilanz abgehaltenen Versammlung die Gründung einer rein katholisch-konservativen Kreisorganisation und ersuchte erfolglos die konservativen Reformierten, eine eigene Partei zu gründen.

parteipioniere der gründerjahre

johann schmid-hähli



geb. 14. Januar 1850 in Vals, gest. 27. Mai 1931 in Zizers

Dr. iur., Rechtsanwalt in Chur

Grossrat 1875–1883 und 1885–1887

Nationalrat 1881–1893 und 1903–1919

Kantonsrichter 1888–1893 und 1903–1930, ab 1906 Kantonsgerichtspräsident

Regierungsrat 1894–1902 (Vorsteher des Justizdepartements)

Führer der katholischen Richtung der konservativen Föderaldemokraten, dann 1903 Mitglied und erster Präsident der Konservativ-demokratischen Partei Graubündens, gehörte in der Bundesversammlung der katholisch-konservativen Fraktion an.

Der Kreis Lugnez wählte Johann Schmid bereits 1875 in den Grossen Rat. 1876 kam er nach Chur und führte während vier Jahren ein eigenes Advokaturbüro. Die Anwaltspraxis sagte ihm aber weniger zu als das Amt des Richters. Nicht umsonst wurde er das juristische Gewissen des Grossen Rates genannt. 1882 wurde er bereits mit 32 Jahren in den Nationalrat und 1888 zum Kantonsrichter gewählt. Im Jahre 1883 liess er sich zum Kreispräsidenten von Chur wählen, was für die damalige Zeit als aussergewöhnlich bezeichnet werden kann. Schmid war der erste Katholik, dem im überwiegend reformierten Chur dieses Amt übertragen wurde. So wählte ihn der Kreis Chur auch in den Grossen Rat.

Als im Jahr 1892 die Kantonsverfassung revidiert und dabei der Kleine Rat in ein Fünferkollegium mit Departementalsystem umgewandelt wurde, war Johann Schmid neben Franz Peterelli der unbestrittene Kandidat der Konservativen. Es galt schon vor der Wahl als sicher, dass er in der neuen Regierung das Justizdepartement übernehmen würde. Nach dem Eintritt in die Regierung trat er 1893 als Nationalrat und Kantonsrichter zurück. Nach seinem Austritt aus der Regierung wurde er 1903 wiederum Mitglied und 1906 Präsident des Kantonsgerichtes, dem er bis zu seinem 80. Altersjahr angehörte. In seiner Präsidentschaft publizierte er ein "Ordentliches Verfahren in bürgerlichen Streitfällen" (Zivilprozessordnung). Ebenfalls 1903 wurde er als Nachfolger von Caspar Decurtins wieder in den Nationalrat gewählt. Der Schwerpunkt seiner Arbeit lag dort in den Kommissionen.

Feindseligkeit gegenüber anderen war ihm völlig fern. Jahrzehnte lang engagierte er sich als erfolgreicher Förderer der Einheit mit den Reformierten in seiner Partei. Dies war wohl auch mit ein Grund, dass er als Mitglied des Gründungskomitees gleich nach der Gründung der Konservativ-demokratischen Partei zum ersten Präsidenten gewählt wurde.

**franz peterelli-von
toggenburg**



geb. 23. Februar 1847 in Savognin, gest. 22. Februar 1907 in Savognin
Dr. iur., Anwalt und Landwirt in Savognin
Grossrat 1882–1883
Regierungsrat 1890–1899 (Vorsteher des Departements des Innern und der Volkswirtschaft)
Ständerat 1899–1907
Kantonsrichter 1900–1907
Verwaltungsrat der Rhätischen Bahn 1897–1906 und der Vereinigten Schweizerbahnen 1896–1898
Mitglied der Föderal-demokratischen Partei, dann Mitglied der Konservativ-demokratischen Partei, gehörte in der Bundesversammlung der katholisch-konservativen Fraktion an.

Als Remigius Peterelli sich aus dem Grossen Rat zurückzog, wählten die Oberhalbsteiner dessen Sohn Franz zu seinem Nachfolger. Im Jahre 1890 wählte der Grosse Rat Franz Peterelli in die Regierung. Auch nach der Verfassungsrevision 1892, als die Regierung durch das Volk gewählt wurde, blieb er unangefochten. Während seiner Amtszeit als Vorsteher des Departements des Innern und der Volkswirtschaft wurde für die Landwirtschaft und für den Verkehr eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen verabschiedet, darunter das Gesetz über die Rindviehversicherung vom 1. Januar 1898 und das Eisenbahngesetz vom 1. Juli 1897, das für den Ausbau der Rhätischen Bahn die Grundlage bildete. 1899 wurde Franz Peterelli als Nachfolger des reformierten Föderal-Demokraten Romedi in den Ständerat gewählt. Mit der Wahl von Peterelli hatten die konservativen Katholiken der Föderal-demokratischen Partei wieder einen Sitz im Ständerat, nachdem sie diesen im Jahre 1892 nach dem Tod von Franz Peterellis Vater verloren hatten.

**caspar decurtins-
geronimi**
"der löwe von trun"



geb. 23. November 1855 in Trun, gest. 30. Mai 1916 in Trun
Dr. phil., Privatgelehrter, Sozialpolitiker, Professor für Kulturgeschichte in Fribourg
Grossrat 1877–1904
Nationalrat 1881–1905
Verwaltungsrat der Rhätischen Bahn 1899–1902, Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Schweizerischen Bauernverbandes 1897–1909, Mitbegründer der christlichen Männer- und Arbeitervereine und des interkonfessionellen Arbeiterbundes und Arbeitersekretariates
Mitbegründer der Föderal-demokratischen Partei, gehörte in der Bundesversammlung dem sozialpolitischen Flügel der Katholisch-Konservativen an, Präsident der katholisch-konservativen Bundesfraktion von 1902–1905.

Die politische Karriere von Caspar Decurtins begann anlässlich der Landsgemeinde vom 6. Mai 1877. Aus der Mitte der wohl über 1300 Wähler wurde Caspar Decurtins für das Kreispräsidium vorgeschlagen und mit gewaltigem Mehr gewählt, notabene ein Jahr bevor er das gesetzliche Alter zur Ausübung der politischen Rechte überhaupt erreicht hatte.

Im Jahre 1881 wurde Caspar Decurtins als Nachfolger von Johann Rudolf von Toggenburg

in den Nationalrat gewählt. Er wurde Fraktionschef der katholisch-konservativen Fraktion und gab der Partei eine neue Richtung, indem er die Ideen einer katholischen Sozialreform einbrachte. Erfolgreich setzte er sich in der Bundesversammlung für den Schutz der wirtschaftlich Schwachen ein. So war es ein Ereignis, als die Motion Decurtins und Favon eingereicht wurde, die eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung verlangte.

Er engagierte sich einerseits für die Durchsetzung des Fabrikgesetzes, für den freien Samstagnachmittag, für die Sonntagsruhe und für die Kranken- und Unfallversicherung. Die Schaffung eines Arbeitersekretariats und sein Engagement für die landwirtschaftliche Bevölkerung sind weitere Verdienste. Auf der anderen Seite war er ein Gegner der Eisenbahnverstaatlichung, der Errichtung einer Nationalbank und der Subventionierung der Volksschule, letzteres, weil er die Einmischung des Bundes in die Schulverhältnisse befürchtete.

Caspar Decurtins war Mitbegründer des schweizerischen Arbeiterbundes. Dass er dort oft den Ton angab, beweist die Tatsache, dass der Arbeiterbund in Biel 1893 zugunsten der päpstlichen Enzyklika *Rerum novarum* votierte.

Decurtins kann durchaus als Vertreter der Opposition zum herrschenden System bezeichnet werden. Hindernisse gegen seine Politik wurden ihm auch in der eigenen Partei in den Weg gelegt. Oft war es sein Kampf in Fragen der Weltanschauung, der die Meinungsverschiedenheiten hervorrief; aber wo die Ziele die gleichen waren, konnte er durchaus mit Sozialisten und Liberalen zusammengehen.

Als Caspar Decurtins im Jahre 1905 die Politik verliess, zog er als Professor der Kulturgeschichte nach Fribourg, wo er bis 1914 blieb. Er hatte wesentlichen Anteil an der Gründung der dortigen Universität. Neben der Politik und seiner Arbeit für die Universität war er auch publizistisch sehr aktiv. In zahllosen Artikeln nahm Decurtins in verschiedenen Zeitungen Stellung zu Tagesfragen der Politik und Weltanschauung. Ein weiteres Tätigkeitsfeld von Decurtins war die rätoromanische Chrestomathie, eine 14-bändige Sammlung von Sprachzeugnissen aus verschiedenen Jahrhunderten.

friedrich brügger- von arms



geb. 21. März 1854 in Churwalden, gest. 29. Januar 1930 in Chur
Dr. iur., Anwalt und Staatsanwalt in Chur, 1909–1918 Berufsoffizier
Grossrat 1887–1889, 1909–1911, 1913–1915
Regierungsrat 1900–1907 (Vorsteher des Bau- und Forstdepartements)
Ständerat 1907–1930 (Ständeratspräsident 1918/19)
Verwaltungsrat der Rhätischen Bahn 1900–1930
Präsident der Konservativ-demokratischen Partei Graubündens 1919–1930, gehörte in der Bundesversammlung der katholisch-konservativen Fraktion an.

Nach kurzer Tätigkeit als Rechtspraktikant wurde Friedrich Brügger 1879 zum Regierungsekretär und 1881 zum Gerichtsschreiber am Bezirksgericht Plessur gewählt. 1891 wurde er zum Staatsanwalt ernannt. Bei den Erneuerungswahlen in die Regierung von 1900 wurde Brügger als konservatives Mitglied in den Kleinen Rat gewählt. Während sieben Jahren stand er dem Bau- und Forstdepartement vor. Nach dem plötzlichen Tod des konservativen Ständerates Franz Petrelli 1907 wählten die Bündner Friedrich Brügger als dessen Nachfolger. Er gehörte dem Ständerat, den er 1918/19 präsidierte, bis zu seinem Tod 1930 ununterbrochen an.

Als einsichtsvoller Politiker war Friedrich Brügger überzeugt von der grossen Macht der Presse. Es erstaunt darum wenig, dass er mit seinem persönlichen und politischen Freund Hermann von Sprecher 1895 die "AG Bündner Tagblatt" gründete und damit den Konservativen ein konkurrenzfähiges Parteiorgan gab. Als langjähriger Präsident stellte er seine ganze Kraft in den Dienst des konservativen Blattes. Er erarbeitete im Jahre 1899 die Statuten der Föderal-demokratischen Partei, deren Präsident er wurde. Von 1919 bis zu seinem Tode präsidierte Ständerat Brügger auch die Konservativ-demokratische Partei, bei deren Gründung im Jahre 1903 er ebenfalls im Komitee Einsitz nahm. Friedrich Brügger war der festen Überzeugung, dass zwar ein gesunder Fortschritt auf politischem und sozialem Gebiet anzustreben sei, dass aber die bewährten Grundlagen der bisherigen Kultur- und Staatspolitik im Sinne christlicher Weltanschauung ihre Existenzberechtigung hätten. So verfolgte er in seinen politischen Ämtern keine einseitige Parteipolitik, weil er sich bewusst war, dass seine öffentliche Tätigkeit den Angehörigen aller Parteien und Volksschichten zu gelten habe. Ein halbes Jahrhundert lang stellte sich Brügger so in den Dienst der Allgemeinheit.

Zusätzlich verfolgte er seine militärische Laufbahn. Nachdem er im Laufe seiner Karriere verschiedene Einheiten kommandiert hatte, brachte das Jahr 1909 die Beförderung zum Oberstdivisionär unter Zuteilung des wichtigen Kommandos der Gotthardfestungswerke. Als Ende Juli 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, wählte die Bundesversammlung Oberstdivisionär Brügger zum Generaladjutanten der Armee. Sein Name ist unzertrennlich mit der Geschichte der Grenzbesetzung 1914/18 verbunden.

**alfred von planta-
von waldkirch**



geb. 1. April 1857 auf Schloss Reichenau, gest. 2. März 1922 in Davos
Dr. iur., Rechtsanwalt in Reichenau
Grossrat 1889–1903 (Standespräsident 1893 und 1897)
Nationalrat 1896–1914 (1913 Bundesratskandidat, 1914 Nationalratspräsident)
Präsident der Kraftwerke Brusio 1905–1915, Verwaltungsrat der Rhätischen Bahn 1897–1915,
Verwaltungsrat Vereinigte Schweizerbahnen 1889–1901
Führer der reformierten Gruppe der Föederal-demokratischen Partei, dann Mitglied der Kon-
servativ-demokratischen Partei, gehörte in der Bundesversammlung der liberal-demokratischen
Fraktion an.

1889 wurde Alfred von Planta in seinem Heimatkreis Trins in den Grossen Rat gewählt. In den Jahren 1893 und 1897 war er Standespräsident. 1896 wurde er auf Vorschlag des Oberlän-
der Wahlkreises in den Nationalrat gewählt, dem er 18 Jahre ununterbrochen angehörte. Er galt als grosse Autorität in Wasserwirtschafts-, Finanz- und Bahnfragen. Als der Erste Weltkrieg 1914 ausbrach, war von Planta Nationalratspräsident und musste schwierige Ratsverhandlungen leiten wie die Wahl des Generals, die Einleitung der Kriegsvollmachten für den Bundesrat und die Neu-
tralitätserklärungen. 1915 starb in Rom der schweizerische Gesandte. Als Nachfolger wählte der Bundesrat von Planta. Sein Nachfolger im Nationalrat wurde Alois Steinhauser aus Sagogn.

**alois steinhauser-
casanova**



geb. 11. Februar 1871 in Sagogn, gest. 27. Oktober 1918 in Paris
Dr. iur., Anwalt in Chur bis 1909
Regierungsrat 1909–1915 (Vorsteher des Militär- und Finanzdepartements)
Nationalrat 1915–1918
Grossrat 1899–1908, 1917–1918 (1918 Standespräsident)
Initiant und Verwaltungsratsmitglied des Elektrizitätswerks Bündner Oberland 1907–1918,
Verwaltungsratsmitglied der Rhätischen Bahn 1909–1918, der Furkabahn, der Arosa- und der
Misoerbahn
Präsident der Konservativ-demokratischen Partei, gehörte in der Bundesversammlung der katholisch-
konservativen Fraktion an.

Alois Steinhauser eröffnete 1899 in Chur ein Anwaltsbüro und im gleichen Jahre übertrug ihm sein Heimatkreis Ilanz ein Grossratsmandat, das er bis zum Jahre 1908, als er in die Bünd-
ner Regierung gewählt wurde, behielt. 1905 wurde er zum Landamman des Kreises Ilanz ge-
wählt. Schon 1904 wurde er Präsident der Konservativ-demokratischen Partei, deren Gründungs-
statuten von 1903 er massgeblich mitverfasste. Am 1. Januar 1909 übernahm Steinhauser das
Finanz- und Militärdepartement. Während seiner Regierungstätigkeit galt sein Hauptengagement
der Gründung der Versorgungsanstalt Realta, in der psychisch Kranke und hilflose Betagte Pfl-
ege finden sollten. Das Bündnervolk stimmte am 6. April 1913 seinen Plänen zu. Auch das neue

Steuergesetz, zu dem Alois Steinhauser grosse Vorarbeiten geleistet hatte, wurde in der Volksabstimmung vom 23. Juni 1918 angenommen.

Sein besonderes Interesse galt der wirtschaftlichen Entwicklung der Surselva. So förderte er den Bau der Bahnlinie Ilanz-Disentis und das Projekt einer Bahn durch die Greina. Der Erste Weltkrieg zerstörte grosse Hoffnungen hinsichtlich des Ausbaus der Bahninfrastruktur. Als in den Kriegszeiten die Existenz der Hotellerie bedroht war, war es Alois Steinhauser, der in Verbindung mit anderen finanzkundigen Kreisen die Bündner Kreditgenossenschaft für die Hotellerie gründete. Steinhauser gründete den Oberländer Verkehrsverein und den Bündner Oberländer Bauernverein. Weiter war er der Initiant des Elektrizitätswerkes Bündner Oberland, dessen Verwaltungsrat er von 1907–1918 angehörte.

Zu Beginn des Jahres 1915 wurde sein Parteigefährte Nationalrat Alfred von Planta schweizerischer Gesandter in Rom. Alois Steinhauser wurde im gleichen Jahr als Nachfolger in den Nationalrat gewählt. In der Folge schied er im Dezember 1915 aus der Regierung aus. Der Kreis Ilanz delegierte ihn daraufhin bei den nächsten Kreiswahlen wieder in den Grossen Rat, welcher ihn 1918 zum Präsidenten wählte. Noch vor der Herbstsession starb Nationalrat Alois Steinhauser in Paris, wo er sich geschäftlich aufhielt, an der damals in ganz Europa grassierenden Spanischen Grippe.

julius dedual-good



geb. 5. Dezember 1864 in Chur, gest. 5. Dezember 1939 in Savognin

Dr. iur., Anwalt in Chur

Grossrat 1891–1909 (Standespräsident 1906)

Regierungsrat 1909–1917 (Vorsteher des Bau- und Forstdepartements)

Nationalrat 1919–1928

Mitglied und Präsident der Föderal-demokratischen Partei, dann der Konservativ-demokratischen Partei, gehörte in der Bundesversammlung der katholisch-konservativen Fraktion an.

Die politische Laufbahn von Julius Dedual begann schon vor der Jahrhundertwende. Im Jahre 1891 wurde er in den Grossen Rat gewählt, welchen er 1906 präsiidierte. Ferner war er Mitglied des Kleinen und Grossen Rates der Stadt Chur, des Kreisgerichts Chur und des Bezirksgerichts Plessur. In diesen Ämtern erwarb er sich die politische Erfahrung für den Eintritt in die Regierung. Von 1909 bis 1917 war er Vorsteher des Bau- und Forstdepartements. Auf seine Tätigkeit zurück gehen die wichtigen gesetzlichen Erlasse für den Übergang zum neuen schweizerischen Zivilgesetzbuch, nämlich der sachenrechtliche Teil des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch und die kantonalen Ausführungsbestimmungen zur eidgenössischen Grundbuchverordnung. Zu Beginn des Jahres 1919 wurde Julius Dedual als letzter Nationalrat nach dem Majorz-

system zum Nachfolger des plötzlich verstorbenen Alois Steinhauser in den Nationalrat gewählt. Er war unter anderem Mitglied in der wichtigen Kommission zur Vorberatung des eidgenössischen Strafgesetzbuches.

Neben seinem Beruf und seinen Ämtern stellte sich Julius Dedual in den Dienst der Föderal-demokratischen und später der Konservativ-demokratischen Partei. Sowohl die Statuten der Föderal-demokratischen Partei vom 24. Mai 1899 wie auch jene der Konservativ-demokratischen Partei vom 22. Mai 1903 trugen seine Unterschrift als Präsident der Grossratsfraktion. Anlässlich der Genehmigung der Statuten am 22. Mai 1903 wurde Julius Dedual zusätzlich auch als derzeitiger Präsident der Partei aufgeführt. Somit kann Julius Dedual als Gründungspräsident der Konservativ-demokratischen Partei Graubündens, der Vorgängerin der heutigen CVP Graubünden, bezeichnet werden.

johann bossi-furger



geb. 26. April 1874 in Triest, gest. 19. April 1956 in Chur

Dr. iur., Rechtsanwalt in Chur

Grossrat 1905–1915, 1921–1923, 1929–1945, 1947–1949

Regierungsrat 1915–1920 (Vorsteher des Finanz- und Militärdepartements)

Nationalrat 1919–1943

Mitglied des Verwaltungsrates der Rhätische Bahn 1929–1939, des Verwaltungsrates der Bündner Kraftwerke, Präsident der Rhätischen Werke für Elektrizität, Präsident der "AG Bündner Tagblatt" 1931–1948, Mitglied des Parteiausschusses der schweizerischen Konservativen Volkspartei 1920–1940

Präsident der Konservativ-demokratischen Partei 1909–1915 und 1930–1940, gehörte in der Bundesversammlung der katholisch-konservativen Fraktion an.

Johann Bossi wurde 1905 als Vertreter des Kreises Alvaschein in den Grossen Rat gewählt. Nach der Wahl Alois Steinhausers 1909 in die Regierung, übernahm Bossi das Präsidium der Konservativ-demokratischen Partei. Im Jahre 1915 wurde Alois Steinhauser in den Nationalrat gewählt. Johann Bossi wurde dessen Nachfolger in der Regierung und übernahm das Finanz- und Militärdepartement. Als Markstein seiner regierungsrätlichen Amtszeit gilt die abschliessende Beratung und der Vollzug des Steuergesetzes vom Jahre 1918. In seine Amtszeit fiel auch der Generalstreik von 1918, der Wellen bis nach Graubünden warf.

Nach dem Rücktritt von Johann Schmid aus dem Nationalrat im Jahre 1919 war der Weg nach Bern für Johann Bossi frei. In diesem Jahr erfolgten zum ersten Mal die Nationalratswahlen im Proporzverfahren. Bei dieser ersten Wahl vereinte Bossi 11'000 Stimmen auf sich und hatte über 1'500 Parteistimmen mehr als der nächste Kandidat. Da drei Mitglieder der Regierung in den Nationalrat gewählt wurden, musste über den Verbleib in der Regierung das Los entschei-

den. Dieses fiel auf den freisinnigen Eduard Walser, während Johann Bossi und Johann Vonmoos aus der Regierung ausscheiden mussten.

Seit der Gründung der Rhätischen Werke für Elektrizität AG in Thusis im Jahre 1920 stand Johann Bossi an der Spitze dieses Unternehmens. Die Bereinigung und Genehmigung der Konzession Valle di Lei bildeten den Höhepunkt des Erfolges auf diesem Tätigkeitsfeld. Nach dem Tode von Friedrich Brügger 1930 übernahm Johann Bossi zum zweiten Mal das Parteipräsidium und revidierte 1938 die Parteistatuten. Er hat stets die überkonfessionelle Zusammenarbeit befürwortet.

Literatur:

Bündner Tagblatt.

Collenberg Adolf. Bewegungen und Parteien. In: Handbuch der Bündner Geschichte. 19. und 20. Jahrhundert. Band 3. Chur 2000. 260–281.

Dedual Julius. Regierungsrat Johann Josef Dedual. Lebensbild verfasst von seinem Sohn. Chur 1912.

Degiacomi Patrik. Die Dissidenz Plattners und Deduals von der Bündner föderal-demokratischen Partei im Jahre 1892. Proseminararbeit. Fribourg 1995.

Gasetta Romontscha. Disentis.

Graubündner Allgemeiner Anzeiger.

Gruner Erich. Die Bundesversammlung 1848–1920. Biographien. Bern 1966.

Metz Peter. Geschichte des Kantons Graubünden. Band 2. Chur 1991.

Fotos aus dem Staatsarchiv Graubünden. Chur.

100 jahre cvp graubünden ein historischer abriß

carmelia i. maissen



Man schreibt den 22. Mai 1903, als die konservative Fraktion des Grossen Rates mit der Annahme neuer Statuten die Konservativ-demokratische Partei (KDP) Graubündens aus der Taufe hebt. Diesen Schritt notwendig machen Spannungen und eine nicht auf einen Nenner zu bringende Meinungsvielfalt innerhalb der zerfallenden Föderal-demokratischen Partei, was eine Parteireorganisation verhindert hat.

Unterzeichnet werden die Statuten, die bis 1920 unverändert ihre Gültigkeit bewahren, im Namen der Grossratsfraktion von Julius Dedual, "derzeitiger Präsident der Partei" und von Alois Carigiet, "Protokollführer ad hoc". Zum Parteipräsidenten wird der Valsler Johann Schmid gewählt. In das Zentralkomitee der Partei werden zudem delegiert: Fraktionspräsident Julius Dedual, Ständerat Franz Peterelli, Theophil Sprecher von Bernegg, Regierungsrat Friedrich Brügger, Nationalrat Caspar Decurtins, Alois Steinhauser und Christian Solèr.

Paragraph 1 der Statuten formuliert das politische Programm: „Die konservativ-demokratische Partei Graubündens stellt sich die Aufgabe, die Eintracht, das geistige und wirtschaftliche Wohl des Volkes auf positiv-christlicher Grundlage zu fördern; sie strebt nach einem gesunden, besonnenen Ausbau der politischen und sozialen Gesetzgebung unter möglichster Wahrung und Kräftigung der Rechte aller selbständigen Organismen im Staate; wie namentlich der Rechte unserer autonomen Kantone und Gemeinden.“ Das ideelle Fundament der Partei bildet nach wie vor ein starker Föderalismus, verankert in der christlichen Weltanschauung.

Oberstes Organ der Partei ist die kantonale Delegiertenversammlung, dann folgen das aus einem Präsidenten und acht Mitgliedern bestehende Zentralkomitee, die konservativ-demokratische Grossratsfraktion, die Kreisversammlungen sowie die Kreis- und Lokalkomitees. Im weiteren werden die Aufgaben der verschiedenen Parteiorgane beschrieben. Auch eine Bestimmung zur Entrichtung des Jahresbeitrages fehlt nicht: „Die Mitglieder der konservativ-demokratischen Grossratsfraktion, die Mitglieder der konservativ-demokratischen Partei in den eidgenössischen Räten und im Kleinen Rat, die Redaktoren der konservativen Zeitungen des Kantons und die Mitglieder des Zentralkomitees zahlen jährlich einen Beitrag von Frs. 5 in die Parteikasse.“

Die eben gegründete Konservativ-demokratische Partei ist zu diesem Zeitpunkt in der Parteienlandschaft Graubündens nebst der Freisinnigen Partei (FP) erst die zweite eigentliche Volkspartei mit kantonaler Organisation. Eine gesamtschweizerische Allianz der Konservativen existiert 1903 noch nicht, obwohl es im 19. Jahrhundert als Folge des Sonderbundkrieges im-

Statuten

der

konservativ-demokratischen Partei

Graubündens.

§ 1.

Die konservativ-demokratische Partei Graubündens stellt sich die Aufgabe, die Eintracht, das geistige und wirtschaftliche Wohl des Volkes auf positiv-christlicher Grundlage zu fördern; sie strebt nach einem gesunden, besonnenen Ausbau der politischen und sozialen Gesetzgebung unter möglichster Wahrung und Kräftigung der Rechte aller selbständigen Organismen im Staate; wie namentlich der Rechte unserer autonomen Kantone und Gemeinden.

§ 2.

Die Organe der Partei sind:

- a) die kantonale Delegiertenversammlung,
- b) das Zentralkomiteé,
- c) die konservativ-demokratische Grossratsfraktion,
- d) die Kreisversammlungen,
- e) die Kreis- und Lokalkomiteés.

Erste Seite der Statuten der Konservativ-demokratischen Partei Graubündens von 1903.

mer wieder Versuche zur Bildung einer überkonfessionellen Gruppe gegeben hat und die Konservativen bereits 1891 mit der Wahl von Josef Zemp in die Landesregierung zur Bundesratspartei aufgestiegen sind. Hingegen wird 1903 in Luzern der erste schweizerische Katholikentag veranstaltet, der einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einer Landespartei der Konservativen bildet. Definitiv geschieht dies 1912 mit der Gründung der Konservativen Volkspartei der Schweiz.

das erbe

Dank dem freiwilligen Proporz mit der FP, der damals und bis in die dreissiger Jahre stärksten politischen Kraft im Kanton, kann die KDP das Erbe ihrer Vorgänger ohne Einbussen übernehmen. Von den fünf Regierungsmandaten besetzt sie mit Balthasar Vieli und Friedrich Brügger deren zwei, einen Ständeratssitz hat Franz Peterelli inne, im Nationalrat wird die junge Partei durch Caspar Decurtins, der zudem zwischen 1902 und 1905 Fraktionspräsident der konservativen Bundesfraktion ist, und durch Alfred von Planta vertreten. Ebenso aus den eigenen Reihen kommt im Geburtsjahr der KDP der Landespräsident Augustin Condrau.

Wenn die Partei sich auch als konfessionell unabhängig gibt, wird sie doch von Beginn weg von einer katholischen Mehrheit geprägt und dominiert. Seit dem Austritt von Alfred von Planta aus dem Nationalrat – er wird 1914 im Jahr seines Nationalratspräsidiums zum Schweizer Botschafter nach Rom und später nach Berlin berufen – haben die reformierten Konservativen im Eidgenössischen Parlament keinen Vertreter mehr. Zudem verliert die reformierte Gruppe der Konservativen mit dem Weggang Alfred von Plantas ihren wichtigsten Wortführer, obwohl er auch aus dem Ausland die Geschehnisse in der Heimat rege mitverfolgt und kommentiert.

In der Presse erhält die KDP vor allem vom Bündner Tagblatt, das sich seit 1870 unter der Ägide führender Konservativer wie Hermann von Sprecher, Plazidus Plattner, Friedrich Brügger und Theophil Sprecher von Bernegg zu einem eigentlichen Organ verschiedener konservativer und ausdrücklich nicht allein katholischer Kräfte des Kantons gewandelt hat, breite Unterstützung. Von 1938 bis 1960 erscheint das Bündner Tagblatt gar als "Organ der Konservativen Volkspartei Graubündens", wie sich die Kantonalpartei seit der Statutenänderung von 1938 nennt. Das romanische Pendant in der eigentlichen Hochburg der Konservativen, der Surselva, bildet die "Gasetta Romontscha", die bis zu ihrer Überführung in die "La Quotidiana" 1996, vorab unter der langjährigen Ägide von Nationalrat Giuseppe Condrau, als wichtiges Presseorgan der Konservativen dient.

In einem vom Freisinn und einer protestantischen Mehrheit dominierten Kanton kann die KDP bereits in ihrem Geburtsjahr als eine durchaus respektable Minderheit bezeichnet werden.

krieg und frieden

Der Erste Weltkrieg rückt auch in Graubünden die parteipolitischen Aktivitäten in den Hintergrund. So geht bei der Wahl von Ulrich Wille zum General anstelle des Konservativen Oberst Theophil Sprecher von Bernegg – er wird am Tag darauf zum Generalstabschef ernannt – ein allgemeines Bedauern durch die Bündner Presse. Um so grösser ist die Freude über die Ernennung des konservativen Ständerates und Oberstdivisionärs Friedrich Brügger zum Adjutanten des Generals. Im letzten Kriegsjahr 1918 wird Friedrich Brügger gar zum Ständeratspräsidenten gewählt.

Am 13. Oktober 1918 stimmen die Bündner der auch von der KDP unterstützten Einführung des Proporzsystems für die Nationalratswahlen knapp zu. Im Protokoll der Sitzung vom 13. April 1918 des Zentralkomitees lautet die Stellungnahme wie folgt: „In Anbetracht dessen, dass wir im Kanton [mit dem] Proporz nichts zu gewinnen haben, aber auch die Fraktion in Bern keinen od. keinen nennenswerten Zuwachs erhalten wird, die Sozialdemokraten in der Schweiz aber einen grossen Profit aus diesem Wahlverfahren ziehen werden, steht man der Abstimmung mit gemischten Gefühlen gegenüber.“ Für die Konservative Volkspartei bedeuten die Wahlen im darauf folgenden Jahr wie vorausgesagt weder auf kantonaler noch auf nationaler Ebene einen Erdrutschsieg, sondern den Fortgang eines langsamen, aber stetigen Wachstums. Von den fünf Bündner Nationalratsmandaten hält die KDP mit 35 Prozent aller Wählerstimmen weiterhin deren zwei. Von den 87 Grossräten, die im Gegensatz zum Nationalrat bis heute und trotz mehrerer Reformversuche im Majorzverfahren gewählt werden, stellt die KDP im selben Jahr über einen Drittel der Vertreter. Eine grössere Grossratsfraktion bilden zu diesem Zeitpunkt nur die Freisinnigen.

Am 6. Mai 1920 stimmen die Schweizer über den Beitritt zum Völkerbund ab, zu dessen Gelingen die knappe Zustimmung der Bündner den Ausschlag beim Ständemehr gibt. Die Gründung des Völkerbunds als "allgemeine Gesellschaft der Nationen" zur Festigung von Frieden und Gerechtigkeit in der Welt geht auf die Initiative des damaligen Präsidenten der Vereinten Nationen von Amerika Woodrow Wilson als eine Antwort auf den Ersten Weltkrieg zurück.

Die KDP folgt an der der Abstimmung vorangegangenen Delegiertenversammlung den Beitrittsgegnern Theophil Sprecher von Bernegg, der vor allem vor der Gefahr einer Preisgabe der Schweizer Neutralität warnt, sowie Friedrich Brügger und beschliesst mit 43 zu 17 die Neinparole. Gegen die unbegründete Besorgnis der Konservativen, der Völkerbund bilde ein internationales Instrument des Freimaurertums, kommt auch der vom Skeptiker zum Befürworter gewandelte Alfred von Planta nicht an. Dass Graubünden dem Beitritt zum Völkerbund dennoch zustimmt – auch die Sozialdemokraten haben die Vorlage zur Ablehnung empfohlen – ist angesichts des geschlossenen Neinblocks der Surselva und des Oberhalbsteins eine Überraschung.

63

Delegiertenversammlung vom 21. Februar 1915
in der "Oberalp" in Ilanz.

Der Ilanzer Delegiertentag war sehr zahlreich besucht. Die Versammlung wurde vom Parteipräsidenten Dr. J. Bossi mit einem vorzüglichen Begrüßungswort eröffnet, in welchem er mit lebhafter Freude den zahlreichen Besuch seitens der Parteigenossen feststellte, alsdann einen kurzen Blick auf die gegenwärtige Lage im In- u. Ausland warf, welche indirect ja auch die Ursache dieser Tagung ist, indem unser Parteimitglied Herr Nat. Rat Dr. A. v. Planta in Ausübung der schwierigen Zeitverhältnisse vom B. R. zum eidgenössischen Gesandten in Rom gewählt wurde, weshalb die konserv. Landpartei vor einer Ersatzwahl für den Nat. Rat steht. Der Vorsitzende gedachte mit Anerkennung der Verdienste des Herrn von Planta für unser engeres u. weiteres Vaterland, in seinen verschiedenen Stellungen, die er in unserem Lande eingenommen hat. Die Versammlung beschloß also auf Vorschlag des Präsidenten mit Beglückwünschung folgendes Sympathietelegramm an Herrn Minister von Planta:

Erste Seite des Protokolls der Delegiertenversammlung vom 21. Februar 1915 im "Oberalp" in Ilanz, an der die Partei mit folgendem "Sympathietelegramm" Nationalrat Alfred von Planta zu seiner Ernennung zum Schweizer Botschafter in Rom gratuliert:

"Minister von Planta
Schweizerischer Gesandter Rom.

Die heute in Ilanz tagende zahlreich besuchte Delegiertenversammlung der konservativ-demokratischen Partei von Graubünden, entbietet ihrem langjährigen und bewährten Vertreter in der Bundesversammlung in treuem Gedenken patriotischen Gruss aus den heimatischen Bergen.

Namens der Delegiertenversammlung:

Der Präsident: Dr. Bossi."
Protokollführer ist Mistral Demont aus Sevgein, der das offizielle Protokoll der Parteiversammlungen des öfteren mit Artikeln, die er in seiner Funktion als Zeitungsredaktor schrieb, zu ergänzen pflegte.

Nehmen die Konservativen unter dem Eindruck der Geschehnisse um den Ersten Weltkrieg in den folgenden Jahren noch eine ablehnend kritische Haltung gegenüber einer progressiven Aussenpolitik ein, wandelt sich die Partei im Laufe der Jahrzehnte zu einer moderaten Befürworterin internationaler Gemeinschaften und zwischenstaatlicher Zusammenarbeit.

So lautet das Resultat der Abstimmung der CVP-Delegiertenversammlung vom 1. März 1986 in Landquart über den Beitritt der Schweiz zur UNO noch 39 Ja zu 39 Nein. Mit Stichentscheid des Parteipräsidenten wird die Nein-Parole herausgegeben, der zwei Wochen später drei Viertel der Bündner- und Schweizerbevölkerung Folge leisten. 16 Jahre später, am 15. Februar 2002 in Savognin, lässt die Parolenfassung zur selben Vorlage mit 118 Ja gegen 4 Nein-Stimmen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Trotzdem und im Gegensatz zum gesamtschweizerischen Ergebnis lehnt das Bündner Volk den UNO-Beitritt mit 54 Prozent Nein-Stimmen ab.

Auch bei der anderen bedeutenden aussenpolitischen Vorlage der neunziger Jahre, der Abstimmung zum EWR-Beitritt, beschliessen die Delegierten der CVP Graubünden mit dem deutlichen Resultat von 95 zu 47 Stimmen die Ja-Parole. Obwohl sich der Bundesrat für einen Beitritt ausspricht, lehnt das Volk am 6. Dezember 1992 die Vorlage knapp ab, Graubünden verwirft sie gar mit 68 Prozent Nein-Stimmen.

äussere geschlossenheit versus innere spannungen

Eine äussere Geschlossenheit kennzeichnet die KDP in der Zwischenkriegszeit und etabliert sie zwischen 1925 – in diesem Jahr werden gar drei Vertreter der Konservativen in den Nationalrat gewählt (dies war zudem bei den Wahlen 1935 sowie von 1947–1959 der Fall) – und 1935 zur stärksten politischen Kraft in Graubünden, zur "schwarzen Dampfwalze". Das der Gründung immanente und sie fördernde Merkmal, wonach sich die Konservativen auf bereits gruppierte kirchlich-gesellschaftliche Körperschaften stützen können, verleiht der Partei eine reich gegliederte Struktur, nicht zuletzt auch eine innere Flexibilität. Ihr gelingt es dadurch, die gewerblich-mittelständischen Interessen, die Anliegen der jungen Generation und auch einen christlichsozialen Parteiflügel zu integrieren. Dank der erfolgreichen Einbindung der katholischen Bauern erübrigt sich in Graubünden zudem die Gründung eines katholischen Bauernbundes, welchen die schweizerische Bischofskonferenz 1935 als Massnahme gegen die politische Abwanderung der Bauern fordert.

Trotzdem und sehr zum Missfallen der Konservativen entscheiden sich 1936 die konservativ-christlichsozialen Gruppen verschiedener Gemeinden für den Alleingang und schliessen sich zur Christlichsozialen Gruppe von Graubünden zusammen. Die KDP passt daraufhin am 20. November 1938 ihre Statuten den innerparteilichen Veränderungen an und nennt sich von nun an Konser-

vative Volkspartei Graubünden (KVP). Zudem wird für die Propaganda und die Vorbereitung von Wahlen erstmals ein vollamtlicher Parteisekretär eingesetzt.

konfessionelle auseinandersetzungen

In der Zwischenkriegszeit wird das konfessionelle Klima wieder gereizter. Die konservative Partei besteht mittlerweile ausnahmslos aus Katholiken. Hat der konservative Politiker Remigius Peterelli um 1880 noch erklärt, Graubünden sei vom Kulturkampf verschont geblieben, so sollte sich die Situation später doch noch verschärfen. 1927 macht der Katholische Schulverein an das Corpus Catholicum (damals der katholische Teil des Grossen Rates, heute gehören auch Vertreter der Kirchgemeinden dazu) zu Händen des Kleinen Rates eine Eingabe mit dem Begehren um die Einführung des konfessionell getrennten Unterrichts in Geschichte und Pädagogik am Lehrerseminar in Chur. Diese Forderung erhitzt die Gemüter so sehr, dass im darauffolgenden Jahr für die Nationalratswahlen die Allianz zwischen den Konservativen und dem Freisinn, mit der sich die beiden Parteien bis anhin erfolgreich gegen die Demokraten und die Sozialdemokratische Partei behauptet haben, aufgegeben wird. 1929 beendet die Regierung mit einem ablehnenden Entscheid die langjährige Kontroverse um die Konfessionalisierung im Schulwesen, die ihren Anfang mit dem langen und steinigen Weg zur überkonfessionellen Kantonsschule bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts genommen hat. Wie schwer und lange diese Frage die Beziehung zwischen Katholiken und Protestanten belastete, zeigt die Tatsache, dass erstmals 1987 mit dem CVP-Regierungsrat Joachim Caluori ein Katholik Vorsteher des Erziehungsdepartements wird.

Den Höhepunkt eines parteipolitischen Schlagabtausches vor konfessionellem Hintergrund erreicht der Bündner Kulturkampf Mitte der vierziger Jahre. Ein orkanartiger Sturm geht durch den Bündner Blätterwald, in dem sich vor allem die demokratische „Neue Bündner Zeitung“ und das konservative „Bündner Tagblatt“ feindselig gegenüberstehen, und hinterlässt einen tiefen Graben zwischen den Konfessionen. Auslöser ist nebst einem Manifest des Evangelischen Kirchenrates und des Evangelischen Kleinen Rates zum Reformationssonntag 1944 eine Parteitagsrede vom 12. November 1944 von Andreas Gadiant, Regierungsrat der in den dreissiger Jahren zur grössten Grossratsfraktion erstarkten Demokraten. Darin prangert er zum einen die Allianzpolitik von Freisinn und Konservativen an und wirft zum anderen Letzteren vor, Religion und Konfession zu parteipolitischen und gar wirtschaftlichen sowie regressiven Zwecken zu missbrauchen. Unter dem Titel "Konservative Volkspartei von Graubünden – Erklärung zur Kampf-ansage der Demokratischen Partei" antworten der Parteipräsident der KVP Giusep Condrau und sein Vizepräsident Andreas Brügger, der zugleich Redaktor des Tagblattes ist, in geharnischnem, kämpferischem Ton im "Bündner Tagblatt" vom 21. November 1944 auf die in der "Neu-

en Bündner Zeitung" abgedruckte Rede Gadients. Die Stellungnahme endet mit folgender Erklärung: „Diesen Kampf hat die Konservative Partei nicht gewollt. Sie nimmt aber die demokratische Kampfansage ruhig und entschlossen entgegen.“ Es folgt ein jahrelanges, polemisches Hin und Her von Anschuldigungen und Gegenanschuldigungen, das von gereizten, verletzten Gemütern und dem Zündstoff zeugt, den in Graubünden die enge Verbindung politischer und kirchlicher Gremien in sich birgt. Der freisinnige Landespräsident Gian Rudolf Mohr umschreibt in seiner Eröffnungsrede der ausserordentlichen Sitzung des Grossen Rates im Herbst 1944 die geladene Stimmung mit folgenden Worten: „In der Ferne Tod und Zerstörung, in der Nähe Kampf und Zwietracht! Mir ist die stets ehrenvolle, in heutiger Stunde aber kaum beneidenswerte Aufgabe zugefallen, die Herbstsession des Grossen Rates zu eröffnen und zu leiten und Ihnen in einer recht aufgeregten politischen Atmosphäre den Willkommensgruss zu entbieten.“

Als 1947 die Demokraten und die Sozialdemokraten für die Regierungsrats- und Kreiswahlen zusammenspannen, entbrennt zwischen ihnen und der konservativ-freisinnigen Wahlallianz – man hat sich nach dem Eklat von 1928 und nicht zuletzt nachdem sich der Freisinn vom Vorgehen der Demokraten distanziert hat, wieder gefunden – ein heftig geführter Wahlkampf, aus dem die Konservativen jedoch relativ unbeschadet hervorgehen. Die beiden bisherigen Regierungsräte Gion Darms und Walter Liesch werden im ersten Wahlgang gewählt. Im Grossen Rat, wo die Demokraten bereits ein Jahrzehnt zuvor die Freisinnigen an der Spitze abgelöst haben, bleibt die KVP die zweitstärkste Fraktion.

Trotz dieser Stärke setzen sich die Konservativen gegen den sich aufdrängenden sozialpolitischen Umbruch in den ersten Nachkriegsjahren nicht durch. Den schweren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des Zweiten Weltkriegs erwächst gesamtschweizerisch eine Sensibilisierung gegenüber den Problemen der sozialen Sicherheit. In der Neujahrsansprache 1944 verspricht Bundespräsident Walter Stampfli dem Schweizervolk die Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung, über die drei Jahre später am 6. Juli 1947 abgestimmt wird. Die Vorlage findet mit 80 Prozent Ja-Anteil eine überwältigende Zustimmung, auch in Graubünden, dies, obschon eine Mehrheit der Konservativen sich aus Besorgnis um den Zerfall der familieninternen Fürsorge und Alterspflege dagegen ausgesprochen hat.

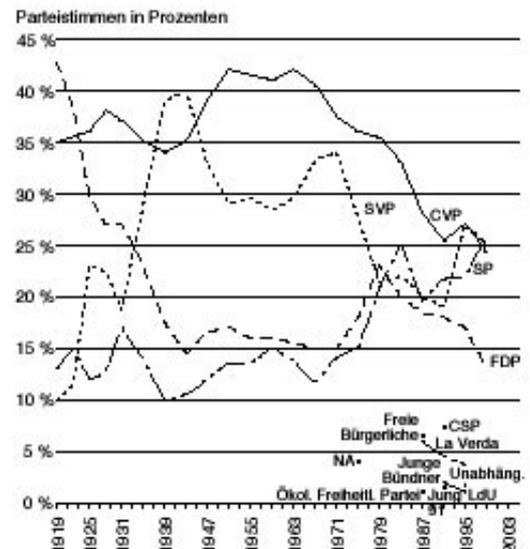
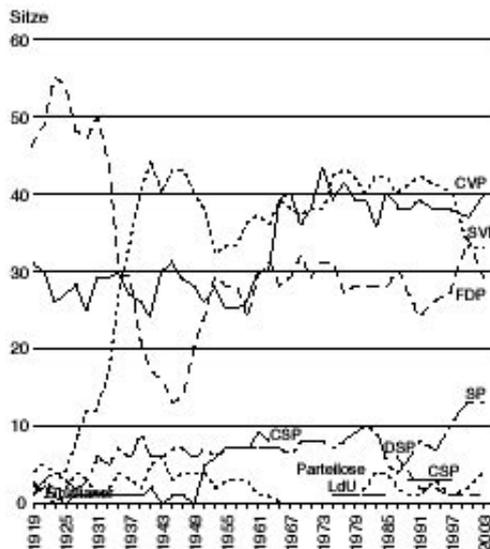
hoch hinaus und...

Mit der Einigung auf den Namen Konservative und Christlichsoziale Volkspartei von Graubünden finden sich an der Delegiertenversammlung vom 2. September 1951 Konservative und Christlichsoziale, die mit Ettore Tenchio nach Walter Liesch bereits den zweiten Regierungsrat stellen können, zusammen.

1956 feiert die Konservative und Christlichsoziale Volkspartei Graubünden ihren Nationalratspräsidenten Giuseppe Condrau, bei den Rätromanen als "dr. Sep" bekannt. Er ist der erste Bündner Katholik in diesem Amt. Annähernd drei Jahrzehnte prägt Condrau, davon zwischen 1954 und 1960 als Chef der konservativ-christlichsozialen Fraktion der Bundesversammlung, das Geschehen im nationalen Parlament. Unter seiner Mitwirkung setzte sich 1959 die bis heute gültige Zauberformel für die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates durch.

Es ist die Zeit der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte, in der die Konservative und Christlichsoziale Volkspartei zur dominierenden politischen Kraft Graubündens aufsteigt. Bei den Nationalratswahlen vereint sie jeweils über 40 Prozent aller Stimmen auf sich, sodass es zwischen 1947 und 1959 gar für drei Vertreter (von damals sechs) reicht. Auch der eine Ständeratssitz ist bis heute fest in der Hand der CVP. Am 27. November 1989 wird zudem, nach Friedrich Brügger 1918, zum zweiten Mal in der Geschichte der CVP Graubünden mit Luregn Mathias Cavelti einer der ihren zum Präsidenten des Ständerats gewählt. Er ist der siebte Bündner in diesem Amt.

Mit der Liberalisierung des religiösen Lebens, dem Einfluss der urbanen Lebensgewohnheiten, der konfessionellen Durchmischung infolge Migrationsbewegungen, der stetig wachsenden Mobilität und der zunehmenden Heterogenität im Alltag kommen den Konservativen die Bedingungen abhanden, die ihnen einst ihr mächtiges Wählerpotenzial beschert haben. Die lange Zeit einhergehende Verbindung von Konfession und politischer Partei wird von einer breiten Palette individueller Möglichkeiten abgelöst. Der Wähleranteil von 42 Prozent bei den Nationalratswahlen 1963 sinkt auf ein historisches Tief von knapp 25 Prozent im Jahr 1991.



links: Grossräte nach Parteien zwischen 1919 und 2003.
rechts: Die Nationalratswahlen in Graubünden zwischen 1919 und 1999.

Das Jahr 1964, in dem die bis anhin immer etwa gleich stark gebliebene Delegation des Grossen Rates – seine Grösse ist 1961 von 87 auf 113 erhöht worden – mit einem Schlag von 30 auf 39 Sitze anwächst, markiert den ersten Höhepunkt eines für die Konservative und Christlichsoziale Volkspartei einmalig erfolgreichen Jahrzehnts. Bei den darauffolgenden Wahlen 1967 steigen die Konservativen mit 40 Grossräten erstmals in ihrer Geschichte zur stärksten Fraktion auf. 1973 werden gar 43 CVP-Vertreter in den Grossen Rat gewählt. Im selben Jahr wird die Zahl der Grossratsmandate endgültig auf 120 festgelegt. Seit 1971 führt die Partei ihren heutigen Namen Christlich-demokratische Volkspartei (CVP) Graubünden. 1976 muss die CVP die relative Mehrheit im Grossen Rat erneut an die Demokraten, die sich 1973 der Schweizerischen Volkspartei SVP angeschlossen haben, abgeben, kann sie jedoch bei den Kreiswahlen im Jahr 2000 mit 37 Mandaten zurückerobern und drei Jahre später mit 40 Mandaten festigen.

parteiprogramme

In all den Jahren ist die Parteiarbeit natürlich nicht ohne immer wieder neu- und weiterformulierte politische Programme und Grundsätze, worin die Partei ihren Standort bestimmt, Rechenschaft über ihre Tätigkeiten ablegt und die Schwerpunkte für die folgenden Jahre festsetzt, ausgekommen. Ein Blick in die Parteiprogramme der letzten 25 Jahre zeigt, dass den politischen Themenbereichen und gesellschaftlichen Aufgabenkreisen, welche die parteipolitischen Eckpfeiler bilden, mit Beharrlichkeit und Konstanz nachgegangen wird.

Das Grundsatzprogramm von 1979 ist mit "Für eine menschliche Politik" überschrieben und enthält Postulate wie Gewährleistung der Energieversorgung, gesunder Bauernstand, sichere Erschliessung der Bergtäler, eine gute und gerechte Bildungspolitik, Bewahrung der Gemeindeautonomie. Und zum Tourismus heisst es: „... allmählich sollte es uns gelingen, aus Graubünden ein Touristenland der Höflichkeit, der Sauberkeit und der Gastlichkeit zu machen.“

Im kantonalen Parteiprogramm von 1983, das den Titel "Klare Sicht – menschliche Werte" trägt, gesellen sich zu den aus dem vorhergehenden Programm inhaltlich unverändert übernommenen Themen namentlich Forderungen nach freien und verantwortungsbewussten Medien, nach Wahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und nach gesunden Staatsfinanzen.

Als traditionelle Familienpartei steht die Forderung nach Unterstützung der Jugend und nach Förderung und Besserstellung der Familie als Lebensgemeinschaft und tragendes Fundament des Staates selbstredend in jedem Programm zuoberst auf der Liste. So auch im Aktionsprogramm "Handeln mit Vertrauen und Weisheit" von 1987, in dem sich erstmals auch die 1983 gebildete Arbeitsgemeinschaft der CVP-Frauen und die im selben Jahr gegründete Junge CVP zu Wort melden.

Unter dem Titel "Stehen Sie auf, Madame" stellen die CVP-Frauen im Aktionsprogramm "Zukunft für alle" von 1991 fest, dass auch 16 Jahre nach der Einführung des Stimm- und Wahlrechts der Frauen ihr Anteil im Eidgenössischen Parlament bei lediglich 15 Prozent liegt und die Frauen nach wie vor überwiegend in untergeordneten Berufen beschäftigt sind. Deshalb müsse „die konsequente Durchsetzung der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen [...] das Anliegen jeder christlichen Partei sein.“

Mit dem Aktionsprogramm von 1997 "Mit Elan die Zukunft gestalten" positioniert sich die CVP in einer von Extrempositionen dominierten Parteienlandschaft als Partei im Zentrum und stellt ihre im christlichen Denken verankerten Grundwerte der Solidarität und Gerechtigkeit, der Eigenverantwortung und der Bewahrung der Schöpfung in den Vordergrund.

Vor 100 Jahren aus einer Position der Minderheit gegründet, ist die CVP heute aus dem politischen Alltag Graubündens nicht mehr wegzudenken. Mit einem Drittel des Grossen Rates, einem Regierungsrat, zwei Bundesparlamentariern und rund einem Drittel der Mitglieder der Exekutiven in Kreisen und Gemeinden trägt die CVP Verantwortung in allen Staatsbereichen und prägt und gestaltet die politischen Prozesse und das öffentliche Leben massgeblich mit.

Da es noch keine umfassende Geschichte zur Entstehung und Entwicklung der CVP Graubünden gibt und zudem eine objektivierende Distanz zur jüngeren Geschichte fehlt, beruht der vorliegende Abriss grösstenteils auf bereits erarbeitetem Material und wurde vereinzelt durch mündlich überlieferte Informationen ergänzt.

Literatur:

Foppa Daniel. Die Geschichte der deutschsprachigen Tagespresse des Kantons Graubünden. Jahrbuch 2002 der Historischen Gesellschaft von Graubünden. Chur 2002.

Gasser Albert. Bündner Kulturkampf. Vor 40 Jahren – Parteien und Pressekrieg auf konfessionellem Hintergrund. Chur 1987.

Gruner Erich. Die Parteien in der Schweiz. Bern 1969.

Handbuch der Bündner Geschichte. 19. und 20. Jahrhundert. Band 3. Chur 2000.

100 Jahre Christdemokratische Fraktion der Bundesversammlung (Hrsg.). Festschrift zur Jubiläumsfeier vom 27. Mai 1983 in Bern. Bern 1983.

Metz Peter. Geschichte des Kantons Graubünden. Band 3. Chur 1993.

Partei-, Grundsatz-, Aktionsprogramme der CVP Graubünden.

Protokolle und Statuten. Staatsarchiv Graubünden. Chur. Asp III/8e Schachtel 8.

surselva – tiara dalla lavina nera ni ina partida ella partida

giusep capaul



Atgnamein ha l'epoca da success politic entschiet en Surselva cun il cumin dalla Cadi 1877 sut l'egida conservativa dil "Liun da Trun" Caspar Decurtins. Tras la fundaziun dalla partida conservativ-democratica avon in tschentaner eis ella pia "mo" secuntinuada. La Surselva ha contonschiu en quella partida ina predominonza, oravontut perquei ch'ella disponeva ed activava bunamein la mesadad digl electorat conservativ. Perquei eis ella era stada representada consequentamein stedi ellas pli aultas posiziuns statalas che quella veva da reparter a Cuera ed a Berna. Talas muntavan pussonza dils e pils magistrats eligi. Sco regiun politicamein e confessiunalmein fetg cumpacta formava la Surselva il pli grond territori d'origin dalla partida conservativa. Quel vegneva era definius d'ordeifer – pli ord tema e scuidonza che respect – sco la tiara dalla "lavina nera" che sederscha cun vehemenza politica viers Cuera, ni era sco "zuola nera a vapur" che fa tut (auter) plat.

En Surselva ha il cumbat per pussonza denter conservativs e liberals – en lur diversas nianzas – cuzzau duront ils emprems 30 onns dil stadi federal da 1848 cul surmaun liberal. Dapi ils onns 1890 han federalists democrats protestants e catolics collaborau en ina partida cantunala. Aunc cuort ha quella collaboraziun cuzzau sur 1903 ora. La fundaziun dalla partida conservativ-democratica ha mess quei onn in niev fundament – senza denominaziun confessiunala espressiva – per quell'organisaziun politica. Cun minimas excepziuns all'entschatta ein denton tut ses ufficials e magistrats stai il davos tschentaner catolics.

la fracziun ha dau il stausch e la surselva influenzau

Igl impuls principal per fundar avon in tschentaner la partida conservativ-democratica dil Grischun ha la fracziun da quella gruppaziun el Cussegl grond dau. Ella ha elaborau e sancziunau ils 22 da matg 1903 las statutas. Talas ein suttascrettas dil president dalla partida federal-democratica precedentia Julius Dedual e protocolaus da mistral e deputau Aluis Carigiet da Trun. Ella ha eligiu igl emprem comite central cun Johann Schmid, oriunds da Val e sesents a Cuera, alla testa. El ei cheutras daventaus igl emprem president da partida.

Dils nov commembers dil comite central eran buca meins che quater Sursilvans: Sper il president menziunau fuva ei aunc cuss. naz. Caspar Decurtins da Trun, da quei temps era schef dalla fracziun conservativa ell'Assamblea federala; il giuven ed empermettent giurist Alois Stein-

hauser da Sagogn, sco era colonel Christian Solèr da Vrin. Quel ei daventaus cuort sissu schef dalla fracziun e Alois Steinhauser secund president da partida. Sin proposta digl enconu-schent colonel da Vrin ha la partida conservativ-democratica elaborau 1906 siu emprem program d'acziun. Quel sebasava sin la devisa: „Il secumprovau ei mo lu dad amplificar ni substituir, sch'il niev ei megliers ch'igl existent. Quei ei la forza che ligia ed ei atgna a scadina partida conservativa.“

Gia 1908 annunzia la Surselva ella partida siu "dretg" sin in representant el Cussegl pign. Dapi 1889 veva ella buca pli giu in tal ella Regenza. Il davos era staus Gion Casura da Falera (1888/89). Interessant ei che Johann Schmid, staus 1894–1902 ella Regenza, vegn buca consideraus sco in Sursilvan, essend ch'el hagi, sco burgheis da Val, fatg sia carriera politica da Cuera ano. Il giuven conservativ Alois Steinhauser vegn eligius honorificamein sco emprem representant dalla nova partida el Cussegl pign. El surpren il departament da finanzas e seretrai sco president da partida.

Alois Steinhauser vegn proponius da Augustin Condrau, president dalla partida conservativa dalla Cadi, 1915 pil Cussegl naziunal sco successur da Alfred von Planta, La Punt/Tumein. A Glion ha la radunonza da partida tscharniu Alois Steinhauser. Eligijs el Cussegl naziunal vegn Steinhauser cun grond sustegn dalla Surselva, nua ch'ils candidats dad autras partidas fan u neginas ni strusch pli vuschs. Cuss. naz. Steinhauser – ch'era puspei daventaus president da partida – ei morts 1918 cun mo 47 onns dalla grippa a Paris.

stretga collaboraziun en surselva

1919 ein ils delegai sursilvans dalla partida seradunai per tractar las statutas dall'organisaziun conservativa e las candidaturas dil Cussegl naziunal. Iniziants ein ils quater presidents circuitals stai. Varga 40 delegai ein presents sut il presidi da mistral Gion Bistgaun Capaul, Lumbrein. Quell'organisaziun da vallada cumpigliava las partidas conservativas sursilvanas. Ella seconstituescha sin basa da statuts dalla partida conservativ-democratica dil Grischun. Sias finamiras eran: segirar il contact denter las radunonzas dallas partidas circuitalas per promover la veta publica ed ils interess dalla Surselva en damondas da politica ideala ed economica.

Alla testa dall'organisaziun tetgala dallas partidas conservativas sursilvanas stat in comite d'acziun da tschun dels. Quater dad els eran d'eleger dallas radunonzas (partidas) circuitalas ed in dalla radunonza sezza. Quella era da convocar a Glion per s'occupar da nominas per mandats federals e cantunals e tractar questions d'interess generals dalla Surselva. La finamira ei da vegnir ad in'unitad sin plaun sursilvan, sche quei succedi buca gia ellas partidas circuitalas. Sco candidat dalla Surselva pil Cussegl naziunal – l'emprema ga che quel ei vegnius eligius tenor il

proporz – propona l'organisaziun sursilvana 1919 professer Pieder Tuor da Laax a Friburg. Pieder Tuor ei vegnius cumalaus sin gliesta cun Julius Dedual e Johann Bossi. Ils dus Surmirans ein vegni eligi.

haregiar ei quei che munta

1919 – cu igl ei da remplazzar ella Regenza Johann Bossi, eligius el Cussegl naziunal – propona la partida conservativa dalla Cadi Giusep Desax, Trun, secretari guvernativ da finanzas a Cuera. Quei cumin hagi gia dapi decennis buca giu in dils ses el Cussegl pign. Il cumin da Glion vegn cun deputau ed inspectur da scola Gion Gieri Darms da Falera. Las partidas conservativas sursilvanas sedecidan per inspectur Darms. La radunonza da partida cantunala a Glion preferescha Gieri Willi da Domat che vegn era eligius el Cussegl pign.

Votau vegneva ei fetg serrau tenor recumandaziun dalla partida. 1922 ha la partida conservativa fatg 51'575 vuschs tier l'elecziun dil Cussegl naziunal. El cumin dalla Cadi veva ella survegniu 10'042 ed en Lumnezia 5'719 vuschs. En quels dus cumins han tschellas partidas recalgtgau mo 611 (6 %), resp. 292 vuschs (5 %). A Medel eran 1'059 vuschs da partida e mo 3 idas ad autras gliestas. A Falera fuvan tuttas 570 vuschs stadas sulet per la partida. Il commentari ella Gasetta Romontscha secloma: „L'unitad dallas valladas catolicas croda si sin l'emprema egliada.“

1925 han gia 40'104 vuschs tunschiu per l'elecziun da treis cussegliers nazionals conservativs. Ils liberals vevan stuiu surschar quei onn in mandat als democrats. Ultra dils dus magistrats surmirans confirmai, Julius Dedual e Johann Bossi, era l'elecziun el Cussegl naziunal era reussida a mistral Christian Foppa, Vignogn.

Era sche la Surselva veva puspei in dils ses a Berna senteva ella si'absenza el Cussegl pign dapi in decenni. 1926 dueva quei semidar. Per occupar in post liber ha ei num serrar las retschas. La Cadi ha treis candidats: forester circuital Gion Giusep Huonder da Sumvitg a Trun, Giusep Desax da Trun e mistral Gieri Cajacob da Sumvitg. La radunonza da partida nominescha Gion Giusep Huonder. El Cussegl pign vegn el tscharnius cun in bellezza resultat e surpren il departament da baghegiar e forestalessar. Treis onns pli tard vegn el confirmaus sco sulet cusseglier egl emprem scrutini. El secund scrutini reussescha la reelecziun a Giusep Vieli.

Il success da Gion Giusep Huonder ella Regenza ha fullau via ad el el Cussegl dils Cantuns sco successur dil defunct cusseglier dils stans Friedrich Brügger. Gion Giusep Huonder vegn purtaus 1930 sco candidat dall'organisaziun sursilvana e nominaus dalla radunonza cantunala. La Surselva veva – suenter ina interrupziun da varga 60 onns – puspei in cusseglier dils stans. Ella ha votau serradamein per el.

Cusseglier dils cantuns Gion Giusep Huonder miera tut anetgamein gia all'entschatta dils

1935 ch'el fuva era president dalla Regenza. Dus posts vegnan vacants enina. Per sia successiun el Cussegl pign propona la partida conservativa dalla Lumnezia Gion Bistgaun Capaul e quella dalla Cadi il directur dalla canzlia Giusep Desax. La radunonza dalla partida cantunala nominescha mistral Gion Bistgaun Capaul che vegn silsuenter era eligius. Successur dil defunct cusseglier dils stans Gion Giusep Huonder daventa a. cuss. guv. Gieri Willi. Quei mandat el Cussegl dils Cantuns ha la partida conservativa adina puspei pretendiu per ella sco la pli ferma gruppa-ziun politica dil Grischun.

stei cun diu! vies dr. sep

Giusep Condrau, Mustér, enconuschents e daventaus populars sco dr. Sep, veva giu candidau gia 1931 pil Cussegl naziunal. Ella Gasetta Romontscha ha el scret lu: „Dapi 75 onns, che la Gasetta Romontscha exista, ei siu redactur aunc mai vegnius sin ina gliesta per elecziuns cantunales ni federalas, schegie che la Gasetta Romontscha ha siat decennis stuiu gidar en siala bein-enqual candidat u magistrat. Nus vein buca tschercau quell'honor da vegnir sin gliesta e mo vessamein dau suatientscha als repeti giavischs da vischins da Mustér e da pli lunsch.“ El concluda: „La Gasetta Romontscha – sco organ conservativ e democratic – vul survir alla partida ed al pievel.“ Quei ha ella fatg consequentamein e cun grond success e bia influenza. Autramein fuss la posiziun carschenta dils conservativs dalla Surselva ella partida ed el Cantun gnanc da s'imaginar, era sche la Gasetta Romontscha ei cumparida tochen 1952 mo inaga ad jamna (gievgia) e suenter duas gadas (mardis e venderdis).

1935 vegn Giusep Condrau sin gliesta pil Cussegl naziunal ed eligius cul meglier resultat, suandaus da Christian Foppa e da Johann Bossi. Per l'emprema ga ha la Surselva conservativa dus cussegliers naziunals enina. La partida veva fatg quei onn 55'718 vuschs – da quellas 11'574 ella Cadi, 3'679 ella Foppa, 5'710 en Lumnezia e 2'419 el cumin da Rueun, pia total 23'382 vuschs en Surselva. Gia ell'emprema sessiun entscheiva Giusep Condrau a rapportar ella Gasetta Romontscha davart las tractativas el Cussegl naziunal, terminond ses artechels cugl enconuschent "Stein cun Diu! Vies dr. Sep". Buca meins che treis toms empleneschon quels rapports, screts duront ils 28 onns che dr. Sep ha apparteniu al Cussegl naziunal.

mo dus onns senza cusseglier guvernativ sursilvan

La partida conservativa dalla Cadi propona 1941 Giusep Desax sco successur da Gion Bistgaun Capaul pil Cussegl pign. La partida cantunala nominescha el. La gruppa cristiansociala, seformada 1936 el Grischun, propona president circuital Walter Liesch, Surava. La partida con-

servativa preferescha Giusep Desax viers Walter Liesch. Ils cristiansocials insistan. Egl'emprem scrutini d'elecziun contonschan ils dus candidats buca igl absolut pli. Giusep Desax seretraì. La partida nominescha sin quei il cristiansocial Walter Liesch sco candidat uffical. El vegn eligius honorificamein sco'emprem cristiansocial ella Regenza.

En consequenza da si'elecziun el Cussegl naziunal demissiunescha cuss. gov. Luigi Albrecht 1943. El ei oriunds da Lax (VS). Sia mumma Magdalena Baselgia fuva da Sumvitg. Perquei eis el era daventaus burgheis da leu. Mo in dils tschun cussegliers guvernativs astgava ir il medem mument a Berna. Da lezs onns fuva ei il democrat cuss. gov. Andreas Gadient. Augustin Cahannes da Dardin vegn proponius dalla partida circuitala e Gion Darms, procuratur public da Falerà, dil cumìn da Glion. L'organisaziun sursilvana sa buca sedecider per in ni l'auter. Gion Darms vegn tscharnius candidat uffical dalla partida ed eligius 1944 ella Regenza. La Surselva ha – suenter in'interrupziun da dus onns – puspei siu cusseglier guvernativ.

representants sursilvans en successiun

Cun in oreifer resultat da 62'877 vuschs occupescha la partida conservativa grischuna 1947 danovamein treis mandats el Cussegl naziunal. Giusep Condrau vegn reeligijs alla testa, suandaus da Luigi Albrecht e dil giuven representant dil Grischun talian Ettore Tenchio. En Surselva veva la partida recaltgau 27'661 vuschs. Cunquei che l'appartenenza alla Regenza era limitada sin nov onns – e cuzzava en cass d'ina elecziun duront la perioda aunc meins ditg - vegn il mandat dalla Surselva el Cussegl pign puspei vacants 1950. La partida conservativa dalla Cadi propona deputau Augustin Cahannes, quella dil cumìn da Glion deputau Rudolf von Toggenburg da Laax. L'organisaziun dallas partidas conservativas dalla Surselva sedecida da presentar alla radunonza cantunala Rudolf von Toggenburg sco candidat. Cun dus savessien ins offender las vals talianas e lur candidat Ettore Tenchio. La partida cantunala preferescha Augustin Cahannes. Ettore Tenchio e Augustin Cahannes vegnan eligi.

1951 ein ils conservativs e cristiansocials dil Grischun s'uni – tenor il motto: finir la separaziun! - alla partida conservativ-cristiansociala grischuna. Da cumìn onza ein conservativs e cristiansocials i en quei onn ella tscharna dil Cussegl naziunal, contonschend cun 66'100 vuschs da partida in diember honorific e treis cussegliers naziunals: Ettore Tenchio, Giusep Condrau e Luigi Albrecht. Ella Cadi ha ei dau 14'238 vuschs da partida, en Lumnezia 6'814, ella Foppa 4'387 ed el cumìn da Rueun 3'114 – pia total en Surselva respectablas 28'553 vuschs.

L'entschatta da 1955 miera Luigi Albrecht. Rudolf von Toggenburg,'emprem suppleant, daventa successur. Igl atun 1955 mantegn la partida conservativa ils treis representants el Cussegl naziunal: Ettore Tenchio, Giusep Condrau e Rudolf von Toggenburg. Ei reussescha puspei alla

partida d'augmentar siu diember da vuschs sin 68'933. La Surselva contribuescha cun 29'312. Mo a Mustér veva la partida recaltgau 3'505 vuschs.

1956 daventa Gion Darms cusseglier dils stans sco successur da Giusep Vieli. Da quels onns veva la Surselva il medem mument dus cussegliers naziunals, Giusep Condrau e Rudolf von Toggenburg, in cusseglier dils stans, Gion Darms, ed in cusseglier guvernativ, Augustin Cahannes. Quei ei stau la culminaziun, occupond pli ch'ina tiarza dalla deputaziun grischuna a Berna e la mesadad dalla representanza dalla partida ella Regenza.

Il medem onn daventa Giusep Condrau - sco empren catolic grischun – president dil Cussegl naziunal. El vegn tscharnius cun 155 da 179 vuschs. Ils 7 da december ei retscheviment festiv el Grischun, en Surselva ed a Mustér pigl ault magistrat. 1950 era dr. Sep schizun staus en discussiun sco candidat pil Cussegl federal. Da 1954–60 ha el tgamunau la fracziun conservativ-cristiansociala dall'Assamblea federala ch'era lu cun 66 commembers la pli gronda. El ha gidau decisivamein a realisar 1959 la formula magica, aunc adina vertenta, per la cumposiziun dil Cussegl federal cun mintgamai dus cristiandemocrats, liberals e socialdemocrats ed in dalla partida populara svizra.

L'entschatta da 1959 miera Rudolf von Toggenburg. Successur daventa Paul Bruggmann. Cun el ed Ettore Tenchio representan dus cristiansocials per cuort temps la partida conservativ-cristiansociala el Cussegl naziunal. Tier las elecziuns da quel 1959 va il diember da vuschs anavos – da 68'933 (1955) sin 65'966 - ed ei tonscha mo aunc per dus cussegliers naziunals: Giusep Condrau e Ettore Tenchio. Paul Bruggmann ei empren suppleant. Dapi lu – ed era perquei ch'il Grischun sa tarmetter naven da 1960 mo pli tschun enstagl sis cussegliers naziunals a Berna – ha ei mai pli tunschiu alla partida conservativ-cristiansociala per ina delegaziun da treis dils ses el Cussegl naziunal.

1959 vegn mistral Emmanuel Huonder da Mustér tscharnius dalla partida cantunala sco candidat pil Cussegl pign e successur da Augustin Cahannes. L'auter candidat dalla partida ei Gion Willi. Egl empren scrutini per la tscharna el Cussegl pign vegn Gion Willi eligius, el secund vegn Emmanuel Huonder tscharnius.

tgi va e tgi vegn

La demissiun da Giusep Condrau sco cusseglier naziunal 1963 fuola via ad in auter Sursilvan. La partida conservativa dalla Foppa porta mistral Donat Cadruvi da Glion, che vegn nominaus dalla partida cantunala, sco era Gion Clau Vincenz d'Andiast. Confirmaus sco cusseglier naziunal vegn Ettore Tenchio ed eligius Donat Cadruvi ferton che Gion Clau Vincenz daventa empren suppleant.

1968 seretraì Gion Darms dil Cussegl dils Cantuns. Sco successur vegnan Ettore Tenchio, Gion Willi e Gion Clau Vincenz proponi. Gion Clau Vincenz vegn nominaus candidat da partida ed eligius dil pievel.

Per l'elecziun da 1968 el Cussegl pign – nua che la partida veva puspei inagada da remplazzar omisdus representants enina – ei il catsch sils dus mandats vacants enorms. La Cadi propona Fidel Caviezel, secretari dil departament cantunal da finanzas, la Lumnezia Giachen Giusep Casaulta, secretari dalla Ligia Romontscha, Surmir deputau Toni Cantieni, il cumin da Razén Gieri Vieli ed ils cristiansocials Paul Bruggmann. La radunonza dalla partida cantunala nominescha Fidel Caviezel e Gieri Vieli. Egl emprem scrutini per la tscharna ella Regenza vegn Gieri Vieli eligius, el secund Giachen Giusep Casaulta.

Duront il temps d'uffeci da Casaulta e Vieli vegn il temps d'appartenenza al Cussegl pign slargaus da nov sin dudisch onns – pia treis periodas da quater onns, enstagl da treis a treis, sco tochen dacheu - ed il num "Cussegl pign" midaus definitivamein en "Regenza".

1971 – fetg datier da 100'000 vuschs da partida

1971 demissiuneschan omisdus cussegliers naziunals, Ettore Tenchio e Donat Cadruvi. La gliesta pil Cussegl naziunal dalla pcd cumpeglia deputau Toni Cantieni, Lai, Luregn Mathias Cavelti, Schluain, Paul Bruggmann, Cuera – per l'emprema ga cun Ida Derungs-Keller, Cuera - ina dunna e Reto Giuliani dil Grischun talian. Igl ei era l'emprema ga ch'umens e dunnas astgan eleger. Cun 94'679 vuschs contonscha la pcd quei onn cun distanza las pli biaras vuschs ch'ella ha insumma realisau enzacu. Toni Cantieni e Luregn Mathias Cavelti vegnan eligi. Mo a Mustér veva la pcd fatg 5'318 vuschs.

En consequenza dall'introducziun dil dretg da vuschar dallas dunnas sin plaun cantunal 1972 (14'163 gie : 5'465 na) dismetta il cumin da Glion 1973 la tschentada da cumin, ferton ch'ils cumins dalla Cadi, Lumnezia e Rueun ein per mantener quella. Ella Cadi ha ei dau igl onn 2000 in cumin burasclus. En consequenza da quei ei la tschentada vegnida dismessa aunc quei atun. 1985 vevan ins eruiu alla tschentada a Mustér 1'326 votants (22%) e 1987 1'818 (30 %). 2003 han ins contonschii per l'emprema elecziun circuitala all'urna ella Cadi ina participaziun da prest 40 % – pia considerablamein dapli che tras la tschentada. 1975 vegn la delegaziun dalla pcd el Cussegl naziunal confirmada. Las vuschs da partida sereduceschan denton sin 83'022.

Ils sezs ella Regenza ein adina stai fetg garegiai e da gronda calamita – prest dapli che quels ella capitala federala – tenor la devisa: Cuera ei pli datier a nus che Berna. 1978 scada puspei ina ga il temps d'uffeci dils dus cussegliers guvernativs regents dalla pcd. Igl interess per lur successiun ei considerabels. La pcd dalla Cadi nominescha deputau Dumeni Columberg, la

partida dil marcau da Glion Donat Cadruvi, la pcd dils V Vitgs mistral Reto Sciuchetti, Landquart, la pcd da Cuera deputau Giovanni Maranta, quella dil cumin da Razén deputau Leonhard Flepp. La radunonza da delegai dalla pcd nominescha Donat Cadruvi e Reto Sciuchetti. Il suveran elegia gia egl emprem scrutini Reto Sciuchetti ed el secund Donat Cadruvi.

1979 – in onn burasclus

Il mars 1979 remetta Gion Clau Vincenz il mandat el Cussegl dils stans. Ils delegai dalla partida cantunala nomineschan Luregn Mathias Cavetty sco candidat che vegn eligius el secund scrutini. Il matg da quei onn renunzia cuss. guv. Reto Sciuchetti a siu mandat. Sco successur vegn Bernardo Lardi da Puschlav eligius egl emprem scrutini.

Silla gliesta per las elecziuns el Cussegl naziunal vegnan 1979 cuss. naz. Toni Cantieni, Dumeni Columberg, Ida Derungs Keller, cuss. naz. Leonhard Flepp e Plinio Pianta. La partida fa 79'001 vuschs – pia dameins che las duas davosas gadas. Confirmaus vegn Toni Cantieni ed eligius Dumeni Columberg. En Surselva ha la pcd recaltgau quei onn cun 38'194 vuschs 48,3 % dil total, pia bunamein la mesadad dallas vuschs insumma. Da quellas vegnevan 22 % ord la Cadi e da talas 90 % en favur dalla pcd. En tut ha la pcd spiars 4'000 vuschs el Cantun viers 1975, mo gudignau en Surselva ca. 1'800. A Mustér veva ella survegniu 5'379 vuschs.

novas gruppaziuns dattan slontsch

1983 vegn la pcd grischuna dils giuvens fundada sut il presidi da Gion Andri Decurtins, oriunds da Trun e sesends a Cuera, e 2001 la secziun pils giuvens cristiandemocrats dalla Surselva, iniziada e presidiada da Martin Candinas da Rabius. 1984 survegn il cumin da Trin ina pcd circuitala. Igl ei la tschunavla en Surselva – sper quella dils cumins dalla Cadi, Glion, Lumnezia e Rueun che formavan dapi 1919 la partida cristiandemocratica sursilvana ed esistevan tuttas gia avon. Ton ils giuvens han dau niev slontsch sco las gruppas circuitalas trasatras bien stegn alla partida.

1986 propona la suprastonza cantunala president communal e deputau Joachim Caluori, Panaduz sco successur da Bernardo Lardi che veva demissiunau. Joachim Caluori vegn eligius el secund scrutini, ferton che Donat Cadruvi era vegnius confirmaus gia egl emprem cul meglier resultat. Quei onn vegn il Cussegl grond presidiaus per l'emprema ga d'ina dunna, dalla cristian-democrata Ida Derungs-Keller, deputada da Cuera e vischina da Camuns.

Il mars 1987 demissiunescha Toni Cantieni. Cun acclamaziun vegn Dumeni Columberg puspei nominaus. Sin plaz dus vegn Imelda Cott, suandada da mistral Guido Lazzarini, depu-

tau Theo Portmann ed Albert Zindel. Las elecziuns portan alla pcd 61'806 vuschs u ca. 5'000 pli pauc che quater onns avon. Dumeni Columberg vegn confirmaus e Theo Portmann eligius.

tensiuns denter conservativs e cristiansocials

1987 – pia aunc quei onn – vegn la partida cristiansociala (pcs) dil Grischun refundada sut il presidi da Gion Bundi da Medel a Cuera. Da 1936–1971 ha ei giu el Grischun ina gruppa cristiansociala ch'ei vegnida fusiunada 1971 cun la partida conservativa alla pcd. A Glion e contuorn deva ei gia 1920 in'organisaziun cristiansociala da luvriers cun in bionton commembers sco secziun dall'uniun cantunala, fundada 1919. Era ella Cadi ha ina partida cristiansociala existiu tochen ils onns 70 ed ei lu sefusiunada cun la pcd circuitala.

All'entschatta da 1988 – amiez la perioda d'uffeci – seretila Donat Cadruvi. La pcd da Mustér e dalla Cadi propona Dumeni Columberg per sia successiun, la partida circuitala da Cuera deputau Aluis Maissen e la partida cristiansociala Bernard Cathomas, secretari dalla Ligia Romontscha. La pcd cantunala sedecida dad ir ella lutga cun ina candidatura dubla e nominescha Dumeni Columberg e Aluis Maissen. Egl emprem scrutini contonscha negin igl ault pli absolut da 15'439 vuschs. Sin quei renunzia Dumeni Columberg. Per il secund scrutini nominescha la partida cristiansociala ufficialmein Bernard Cathomas. Tscharnius vegn Aluis Maissen.

La relaziun denter pcd e pcs ei consequentamein cargada. 1989 van ellas cun gliestas separadas ell'elecziun pil Cussegl grond. La pcs decida da daventar ina partida autonoma e gudogna treis mandats el Cussegl grond. Ina fracziun cumineivla denter pcd e pcs dat ei buc. A Glion/Foppa vegn fundau 1990 ina gruppa regiunala dalla pcs e 1998 decidiu d'ereger ina secziun sursilvana. Il zercladur 2000 – suenter nunsuccess ellas elecziuns da cumin, perdend tuts mandats e gudignond negins – vegn la partida cristiansociala grischuna sliigiada si.

1988 survegn la Surselva cun il cristiandemocrat Giuseppe Nay da Trun igl emprem derschader federal. El vegn eligius honorificamein cun 158 da 177 vuschs valeivlas. El ei il siatavel Grischun al Tribunal federal e dapresent viceparsura da quel.

discordia dolorosa caschuna ina sperdita

Alla testa dalla gliesta per l'elecziun dil Cussegl naziunal 1991 figureschan ils dus cussegliers en uffeci Dumeni Columberg e Theo Portmann, suandai da Yvonne Bannwart, Baltermia Peterelli e Guido Lardi. Ils cristiansocials van cun in'atgna gliesta da treis dils lur e dus independents ellas elecziuns. La pcd contonscha – aunc adina sco pli ferma gruppaziun politica – mo 57'043 vuschs. Quei tonscha mo pli per in mandat. Reeligius ei Dumeni Columberg. La pcd

perda in mandat e tarmetta – per l'emprega gada en sia historia – mo pli in representant el Cussegl naziunal. Siu mandat piars va alla partida socialdemocratica che survegn - per l'emprega gada en sia historia - dus cussegliers naziunals. Contribuiu decisivamein a quella sperdita per la pcd ed al gudogn dils socialdemocrats han las 15'513 vuschs dils cristiansocials che vevan ligiau lur gliesta cun quella dalla partida socialdemocrata. Naven da 1971 entochen 1991 ha la pcd spiars buca meins che 36'000 vuschs da partida.

1994 seretrai cusseglier dils Cantuns Luregn Mathias Cavelti. Las partidas cristiandemocraticas dalla Surselva proponan sco successur deputau Theo Maissen, Sevgein. Theo Maissen vegn eligius 1994 el secund scrutini. Cun Theo Maissen tegn la pcd dapi gleiti 50 onns – senza interrupziun – il mandat sursilvan en il Cussegl dils Cantuns.

era da cuminonza negin success

1995 van cristiandemocrats e cristiansocials – quei era bunamein ina miracla suenter tut il succediu - cun ina gliesta communabla ellas elecziuns pil Cussegl naziunal, sperond fermamein da reacquistar il secund mandat piars 1991. La pcd metta sin gliesta Dumeni Columberg, Fabrizio Keller, Silvia Degiacomi e Carlo Portner. Il plaz treis vegn surschaus alla candidata cristiansociala Heidi Derungs-Brücker. Sez da cuminonza contonschan ins mo 54'504 vuschs, u 2'500 dameins che quater onns avon. Reeligius vegn sulet Dumeni Columberg. Il secund mandat dalla pcd resta piars.

1999 seretrai Dumeni Columberg dil Cussegl naziunal suenter haver apparteniu a quel durent 20 onns. La pcd va – per tener quei mandat ed era cun la leva speranza da reacquistar il piars avon otg onns – quella ga schizun cun duas gliestas (regio e centro) e diesch candidats ella lutga. Ensemen cun la gliesta dils giuvens cristiandemocrats contonscha la partida 63'182 vuschs. Vegnius eligius el Cussegl naziunal ei Walter Decurtins da Trun.

greva frida per la surselva

Ferton che la sperdita dil mandat dil Cussegl naziunal ha buca tucchau la Surselva, ei quei denton succediu 1998 tier la Regenza. Dapi la fundaziun dalla partida conservativ-democratica 1903 ha quella adina giu ina representanza dubla el guvern cantunal. Da 1927–1998 – pia durent 70 onns – ei in da quels staus, cun ina pintga interrupziun da dus onns (1942–44), in Sursilvan en successiun.

1997 ha la pcd nominau – per remplazzar ils dus cussegliers governativs demissiononts Joachim Caluori e Aluis Maissen – Stefan Engler da Surava e Martin Cabalzar da Cumbel. El se-

cund scrutini vegn Stefan Engler tscharnius, ferton che Martin Cabalzar croda sco sisavel ord l'elecziun. Era quei mandat ha la partida socialdemocratica artau. 2002 emprova la pcd puspei da reacquistar il sez piars quater onns avon. Ella va cun cuss. gov. Stefan Engler e deputau Aldo Tuor ella lutga. Stefan Engler vegn confirmaus cun in resultat fenomenal egl'emprems scrutini. Aldo Tuor contonscha buca igl'absolut pli. La pcd separticipescha buca pli al secund scrutini.

iu ditg ensi, lu engiu, mo ei aunc cheu

La partida conservativa dil Grischun ei sesviluppada e carschida ditg'empermettentamein, ton el Cantun sco en Surselva, contonschend e mantenend leu onns ora in potenzial da vuschs da bunamein la mesadad da siu electorat insumma. Numerus cumpartisans sursilvans han profittau da quei cun vegnir tscharni tras ella en las supremas autoritads a Cuera ed a Berna, muort il sustegn da retschas serradas e publicisticamein tras la Gasetta Romontscha. Ils merets da lezza per il success dalla partida ein bein documentai ed ina preziosa fontauna per sia historia. Ella ha fatg duront quei temps reclama enorma per las ideas e concepziun, parolas dadas e persuunas purtadas e numnadas dalla partida ed accumpignau quellas, per gidar a reussida en lur uffezis ed incaricas. Cun la numera 102 da sia 140. annada ha ella calau alla fin da 1996 d'exister e continuau en La Quotidiana.

Il davos decenni dil 20. secul ha la Surselva conservativa piars cun sia gasetta era siu sez tradiziunal ella Regenza e stuiu registrar ina digren continuonta dallas vuschs e la partida la sperdita dil secund mandat tradiziunal el Cussegl naziunal. L'anteriura predominonza dalla partida cristiandemocratica en Surselva ei consequentamein semidada en ina fermezia relativa, restond denton la gruppa politica gronda ella regiun. Caschunau quei declin han divers facturs: il svilup demografic negativ, la sluccada considerabla dils ligioms cun la baselgia catolica e la secularisaziun generala sedada, il pluralissem politic, cultural ed etic carschent sco era la surlichada economica cun ina sensibla sperdita da plazs da lavur. Quei ha effectuu ina generala mentalitad relativonta e fatg ch'igl'ei vegniu dapertut auter e savens era dameins en Surselva. Ins sa beneventar ni deplorar quei svilup – midar selai nuot.

La partida conservativ-democratica e populara, conservativ-cristiansociala e cristiandemocratica – aschia sias denominaziuns duront il tschentaner – sa mirar anavos en Surselva sin in liung temps da fermezia posiziun, seformada per defender legitimamein ils interess sursilvans anoviars, nua che la regiun sur igl'Uaul da Flem era adina en minoritad. Tochen che la Surselva era politicamein pussenta ed economicamein pli fleivla, ha la partida fluriu ed era profitau dalla baselgia catolica tras igl'agid da beinenqual spiritual da dun politic ed apologetic. Schizun sut circumstanzas semidadas e permanentamein semidontas – era quei ei semussau – dat ina partida

da basa cristiana senn e direcziun. Era cun siu sustegn sa ella serinforzar en survetsch da nos-
sa societad contemporana, eruend ils basegns dil temps e contribuend alla sligiaziun dils pro-
blems da quel.

Quei bein: La lavina nera – sco circumscripziun e definiziun valeivla da quella gronda forza
politica conservativa d'antruras en Surselva – vegn buca pli. Oz eis ella plitost gaglia. Era la po-
siziun da fermezia cristiandemocratica dalla Surselva enteifer la partida cantunala ei ida pulita-
mein a digren. Aunc adina ei l'observanza cristiandemocratica en Surselva – sco ina partida el-
la partida – in factur ch'ei tuttavia buca daventaus danvonz e senza influenza ed avegnir. Saver
quei pil giubileum centenari ei ton recumpensa pil prestau sco buna raschun da cuntinuar.

il pdc nelle valli grigionesi di lingua italiana

bernardo lardi



Il ruolo del partito Democratico Conservatore (DC), in seguito Popolare Democratico Cristiano (PDC) nelle singole valli del Grigioni italiano varia a seconda delle caratteristiche storiche, confessionali e sociali delle medesime. In Bregaglia, essendo la popolazione in grandissima parte di confessione protestante, esso non ha mai preso piede e non ha mai potuto incidere sull'andamento politico locale, malgrado la presenza di qualche valido sostenitore. In Mesolcina il partito Conservatore ha sempre sofferto la concorrenza degli altri partiti, che per contrastarlo a volte si sono coalizzati in una sola compagine che si definiva progressista, ma con sorti alterne ha sempre retto al loro urto e regge bene, con una rappresentanza mai raggiunta finora sia a livello locale che cantonale. Nella valle di Poschiavo invece, esso ha esercitato per un secolo il suo dominio in tutti i campi, per cui l'opposizione, sempre costretta a mordere il freno, in tempi recenti ha messo in atto le più svariate strategie per contrastarlo.

A Poschiavo, il predominio dei cattolici conservatori era tale che per i primi trent'anni del secolo non si era nemmeno sentito il bisogno di organizzare una sezione. L'unica legge non scritta, che si osservava per tradizione, era di non prevaricare nei confronti della controparte e di consentirle una rappresentanza proporzionata alle sue forze. Da secoli i cattolici facevano delle radunanze di confidenti in cui elaboravano le strategie per difendere i propri diritti nei confronti dei protestanti. In occasione di una di queste, il 10 novembre 1929 si elesse una commissione preparatoria per fondare una sezione del partito DC di Poschiavo. Di questa facevano parte Giuseppe Marchesi (presidente) e Costantino Rampa (cassiere), Adolfo Lanfranchi, Giovanni Giuliani, Adolfo Tuena, Placido Lanfranchi (assessori). In seguito si nominò il Comitato direttivo con Costantino Rampa come presidente, Placido Lanfranchi come cassiere, Adolfo Lanfranchi attuario, e altri 14 assessori: don Filippo Iseppi, don Tobia Marchioli, don Agostino Cramerì, Giuseppe Marchesi, Giacomo Beti, Tommaso Capelli, Giovanni Giuliani, Attilio Beti, Adolfo Tuena, Romeo Lardi, Erminio Dorizzi, Augusto Lacqua, Alessandro Cortesi, Francesco Vassella. Il primo atto ufficiale del comitato direttivo fu quello di fissare una tassa annua di 5.- franchi.

Con il tempo, a fianco del partito DC si afferma anche una sezione Cristianosociale, ma nel 1973 il presidente avvocato Reto Giuliani propone la fusione dei due partiti e realizza la fondazione di una sezione del PDC. I suoi successori saranno Pierino Lanfranchi (1973), Guido Lardi (1980), Ilario Zanolari (1988); poi funzionano da coordinatori Tiziano Giuliani e Mario Costa, ai quali nel 2003 subentra Ilario Bondolfi di nuovo quale presidente.

Sull'arco di 100 anni, la maggioranza dell'esecutivo e del legislativo comunale e 12 podestà su 16 appartengono all'area conservatrice: Giovanni Cramerì, Cristiano Bondolfi, Giovanni Chiavi, Palmiro Pola, Vincenzo Zanetti, Costantino Rampa, Placido Lanfranchi, Felice Luminati, Bernardo Lardi, Luigi Lanfranchi, Guido Lardi, Tino Zanetti. I medesimi sono stati pure deputati al Gran Consiglio oltre a numerosi altri, fra i quali è giusto ricordare Giacomo Beti e Guido Cramerì, che hanno rivestito la carica di presidente nel 1933, rispettivamente nel 1958. Felice Luminati ha rivestito a lungo la carica di presidente di Circolo. Bernardo Lardi è stato consigliere governativo. Concludendo si può dunque dire che il partito DC, risp. il PDC, hanno dominato e dominano tuttora la scena politica del Comune di Poschiavo.

Nel Comune e Circolo di Brusio, per ragioni fisiologiche, si è ripetuto lo stesso copione. Anche qui per tradizione i cattolici hanno sempre rivestito la maggior parte delle cariche politiche, pur rispettando i diritti della minoranza evangelica. Nel 1975 una sezione del partito DC e una del partito Cristianosociale sono confluite in una sola sezione del PDC per iniziativa dell'avvocato Plinio Pianta. Dopo di lui hanno rivestito la carica di presidente del Partito, Angela Triacca e Piero Pola (attuale). Sono stati sindaci (presidenti del Comune) iscritti o semplicemente simpatizzanti del partito DC, risp. del PDC: Eugenio Zala, Pietro Plozza, Antonio Della Ca, Remo Bornatico, Pietro Pianta, Guido Plozza, Plinio Pianta, Rodolfo Plozza. Parecchi di essi sono stati anche granconsiglieri. Dario Plozza nel 1949 e Rodolfo Plozza nel 2002, hanno rivestito la carica di presidenti del parlamento cantonale. Tutti conservatori anche i presidenti di Circolo degli ultimi cinquant'anni: Leone della Ca, Bernardo Bottoni, Claudio Merlo, Sonia Pola e Piero Pola.

Una storia diversa è quella del partito conservatore in Mesolcina e Calanca dove non c'erano contrapposizioni confessionali. Fin dall'Ottocento si costituì il partito liberale e quello conservatore sul modello delle formazioni politiche del Ticino, dove i due partiti si combattevano fino al sangue, come attestano i morti di Stabio del 1876 e l'assassinio del consigliere di Stato conservatore Luigi Rossi nel 1890. Ma c'è una differenza: mentre nel vicino Cantone i partiti si avvicendavano al governo, in Mesolcina e Calanca i liberali non concedevano nulla ai conservatori. I quali tuttavia non cessarono mai di lottare. Già nel 1893, fondarono il giornale "San Bernardino", da sempre il "Giornale del Partito" e l'organo cattolico per eccellenza.

Questa loro tenacia ha portato i suoi frutti. Verso il 1940 comparve sulla scena politica a Roveredo Ettore Tenchio. Nel 1938 fondò ufficialmente a Roveredo una sezione del partito Conservatore-Cristianosociale, e nel giro di pochi anni diventò municipale di Roveredo, granconsigliere, consigliere governativo, deputato al Consiglio Nazionale (nel 1947, allora trentaduenne, il più giovane di tutti i deputati). Nel 1951 i conservatori conquistano per la prima volta la maggioranza relativa nel Consiglio comunale di Roveredo (11 contro 10 liberali). Per frenare

l'irresistibile ascesa del partito conservatore, liberali, democratici e socialisti si fusero nel partito Progressista. Ma il loro successo fu di breve durata: nel 1960 dovettero finalmente accettare il voto proporzionale in tutte le elezioni comunali, per cui entrarono 2 conservatori su 5 membri del Municipio e 9 conservatori su 21 membri del Consiglio Comunale, e uno su tre granconsiglieri. Il deputato al parlamento cantonale era Piero Stanga, che fu eletto presidente nel 1980. Dopo una momentanea perdita del seggio a causa dell'elezione di Stanga a ispettore scolastico, il PDC tornò a essere rappresentato grazie ai deputati Giulio Belletti prima, e Martino Righetti poi, tuttora in carica.

Nella seconda metà del Novecento il PDC registra successi analoghi anche in altri Circoli e Comuni del Moesano. A Mesocco Romano Fasani, è per lunghi anni sindaco, deputato al Gran Consiglio e, nel 1995, presidente del medesimo. Granconsigliere della Calanca tuttora in carica è da anni l'avvocato Fabrizio Keller, che è pure stato presidente di Circolo, carica ora rivestita dall'avvocato Cristina Keller, sempre dello stesso partito. Oggi, nel 2003, su 9 sindaci in carica nei due Circoli si ha la seguente confortante situazione: sei sindaci appartengono al PDC e uno è senza partito ma gli è molto vicino: Carlo Stanga a Roveredo (l'ultimo sindaco conservatore a Roveredo, Giovanni Manzoni, si era avuto 69 anni or sono, nel 1934), Sandro Bianchi a S. Vittore, Carlo Bernasconi a Grono, Piergiorgio Righetti a Cama, Mauro Piccamiglio a Leggia, Antonio Spadini a Verdabbio, Ferdinando Bertossa a Mesocco. Due soli sindaci sono liberali. Più difficile invece stabilire di quale colore siano i Sindaci della Calanca. Infine, su sei deputati al Gran Consiglio di Mesolcina e Calanca, ben tre militano nelle file del PDC: Martino Righetti, Rodolfo Fasani e Fabrizio Keller. Ancora nel 1969, come si è detto, era uno solo.

Il Partito cantonale può essere più che soddisfatto della forza del Partito in Val Poschiavo e delle posizioni conquistate in Mesolcina e Calanca.

istorgia dalla parteida cristian-democratica an surmeir

peder anton augustin



l'influenza dalla pcd an surmeir sen tribuna cantunala e federala

Igls amprems startets dalla parteida conservativ-democratica digl Grischun, scu ella sa numnava 1903, èn nias elaburos dalla fracziun digl Cunsegl grond, agl cal er deputo Julius Dedual da Parsonz appartigniva. Gea, Julius Dedual, tgi era igl madem mument president dalla parteida federal-democratica, varo purto sia vasta cunaschientscha politica an chest gremi politic.

Sia vasta e fundada cunaschientscha giuridica ò pussibilito a Julius Dedual da far ena lunga fructifitgonta carriera politica. Da 1891–1909 commember digl Cunsegl grond, 1906 president da tal, da 1909–1917 commember digl Cunsegl pitschen, scu la Regenza niva da lez taimp numnada, 1911 e 1915 president digl Cunsegl pitschen e da 1919–1928 commember digl Cunsegl nazional.

Carschia se a Coira, frequento la scola alla curt episcopala, gimnasi a Coira cun studis a Minca, Turitg e Heidelberg, ègl betg da sa smarvagler, tgi sies pansar ed ager era purto dalla religiun catolica. El sa santeiva scu commember dalla parteida conservativ-democratica. Interessant è, tgi Julius Dedual vign strousch menziuno an l'egna u l'otra caschung an Surmeir. Igl muteiv saro, tgi Dedual è carschia se a Coira, e veva cotras pac contact cun Parsonz, sies li nateiv.

Oter era chest fatg tar Johann Bossi da Surava e d'Alvaschagn. El è bagn naschia ordvart noss intschess, gea parfign an tera estra, a Triest, ma passanto sia giuventetna a Surava ed ad Alvaschagn, an Surmeir. Bossi era er deputo digl circuit Alvaschagn agl Cunsegl grond.

Igls onns da studi ò el vivia enpo da "vagant", vot deir a Meran, Fribourg, Bern, Berlin e Freiburg. Tuttegna è sies camp da lavour sto an sia stretga patria, igl Grischun. Sia carriera sen veia politica ò antschet tar la parteida conservativ-democratica, la cala el ò presidiia da 1909–1915 e da 1930–1940. Da 1915–1920 era el commember digl Cunsegl pitschen. Sies grond interess era all'autonomia, scu er economia da nossas vischnancas muntagnardas.

cunseglers peterelli

Ena speziala avagna politica pulsava ainten igls members dalla famiglia Peterelli a Savognin. Remigius Peterelli è naschia igls 31 d'avost 1815 e mort an uffeci durant ena sessiun digl

Cunsegl digls cantuns a Berna 1892. El ò an sia funcziun scu president d'ena minoritad conservativa – parteidas politicas an noss pansar na davigl anc betg – adegna agea cun grond success, tant agl Cunsegl grond scu agl parlamaint federal a Berna per noss cantun e per noss pievel muntagnard. Remigius Peterelli è sto igl amprem parlamentari grischun, tgi è nia eligia digl pievel agl Cunsegl digls cantuns.

Sies fegl, Franz Peterelli-von Toggenburg, scu sies bab giurist, è gio cun 35 onns antro activ an la politica grischuna. Igl onn 1882 è Franz Peterelli nia tscharnia digl suveran da Surses scu deuto agl Cunsegl grond. Sies votums eran curts, bagn fundos e cotras rancunaschias dalla gronda part da sies collegas agl Cunsegl grond. Uscheia egl nign smarvegl, tgi Franz Peterelli è gio 1890 nia eligia digl Cunsegl grond an la regenza, igl Cunsegl pitschen. Ma gio 1894, tenor costituziun revideida era l'elecziun digl Cunsegl pitschen nov tgossa digl pievel, è Franz Peterelli reeligia cun en excellent resultat. Franc ena rancunaschientscha digl pievel per sies angaschi alla revisiun dalla costituziun, noua el era en ferm promotour per igls dretgs digl suveran. Cunaschaint è er sia lavour an favour digls cumegn, noua tgi el ò do directivas scu manar ed administrar noss cumegn. Partge igl ager politic an nossas vischnancas suveranas grischunas stava sen debblas tgommas. Igl mantgeva omens cun experientscha e sensori politic.

Las veias sur pass e tras tgavorgias èn per nossa populaziun adegna stadas d'immensa importanza. Parchegl è Franz Peterelli sto en grond promotour dalla veiadafier. Bagn era sia fegnameira en project, ma sainza ena visiun, nigra realitad.

1899 è Franz Peterelli nia eligia sainza opposiziun scu successour da cunsigliar Romedi agl Cunsegl digls cantuns. Chesta carica politica ò caschuno sia sorteida digl Cunsegl pitschen.

Scu tar sies bab, Remigius Peterelli, ò er tigl fegl Franz la mort farmo la carriera politica. Accumpagnea d'en grond pievel èn las restanzas terrestras d'en om stimo e carezzo neidas purtadas igls 22 da favrer 1907 agl santieri da sia vischnanca paterna Savognin.

Nossa tschantada, ni cumegn grond, scu Surses dei, ò adegna puspe tschartgea da delegar omens cun cunaschientscha politica, bagn savens carscheida e madirada gio an vischnanca paterna, agl Cunsegl grond a Coira. Uscheia ò Surses gio 1919 elegia Giatgen Peder Sonder da Salouf scu deuto agl Cunsegl grond, agl cal el ò mess sias forzas anfignen 1957 an disposiziun. Durant chest lung taimp è Giatgen Peder Sonder sto commember dalla dertgira cantunala da 1930–1959.

Chesta dominanza da parteida an noss treis circuits Alvaschagn, Belfort e Surses porta natural er scherms per enqual discordia tranter enqual gruppaziun aint igl pievel. Uscheia ègl an Surses gio igls onns 60 sa furmo ena grupp d'opposiziun. Gl'era betg ena nova parteida, ma ena pitschna grupp, igls ples students, tgi on fatg a saveir lour inquietezza tras ena gasettigna numnada "Igl spivel". Igl malcuntaints levan remartger igls sbagls digls manaders digl pievel,

chegl sen plang politic an cumegn scu er an circuit, ni agl Cunsegl grond. Glè sto en pitschen vent da curt taimp sainza grond success. La malcuntantientscha ò existia anavant, forsa betg tar las mademas persungas, forsa er cun varionts muteivs. Uscheia ò en'iniziativa lantschea ena votaziun cun la fegnameira da dismetter igl cumegn grond, chegl tgi è er reuschia. Igl cumegn grond da Surses e oramai sto da 1977 dismiss anfignen tgi, forsa per part digls madems, on puspe 1985 reintroduia tal. 1997, an connex cun la reorganisaziun da nossa lescha concernent las competenzas dallas dartgeiras, è neida dismissas an igls circuits Surses scu Alvaschagn la tschantada resp. igl cumegn grond.

An Surmeir era la filosofia cristiandemocratica e cristiansociala mai da tala cuntraversa scu an Surselva. Walter Liesch, consegljer guvernativ da 1942–1951 è nia purto dall'ala cristiansociala e per gronda part er sustignia da chella. El ò gia cotras forsa betg adegna igl sustign bisinevel da vart dalla parteida cristian-democratica. Gl'eran er igls grevs onns durant e siva la sagonda ghera mundiala. En taimp cun misergia ma er l'antschatta d'en nov svilup ecologic scu er economic. Igl gronds cumbats da lez taimp eran igls novs projects d'inplants electricics cun igls dus contrahents, industria cuagl capital e politica, dus direcziuns tgi stavan savens diametral egna cunter l'otra.

Dantant on igls argumaints per e contra tals edifecis mido fatscha. Dalla vart economica è anc sa cumpageda la vart ecologica. Da schlier tals problems è l'unitad an la parteida da madema muntada. Noss deputos, nossas regenzas niron a recaltger or digls meinis furmos an la parteida lour idea e lour decisiun.

En parlamentari da Surmeir dastga franc betg neir amblido. Gl'è Toni Cantieni da Vaz/Lai. Er sia veia politica ò antschet agl cumegn cuntinuond tagl Cunsegl grond e siva Cunsegl naziunal. Da 1963–1973 Cunsegl grond, 1971–1987 Cunsegl naziunal. Durant chest taimp era Toni Cantieni er commember agl Cunsegl da l'Europa a Strasburg. La parteida cristiandemocratica ò Toni Cantieni presidiia da 1968–1974. Sia veia politica è betg fittada cun la sorteida digl Cunsegl naziunal, na el è sto alla testa da l'Uniun svizra da vischnancas cun sedia a Berna. Chest uffezi ò Toni Cantieni mano da 1988–1995.

Possan noss politichers dad ier influenzer cun lour engasch presto noss odierns e futurs politichers tar lour carriera.

cvp-frauen graubünden

silvia degiacomi



Die Geschichte der CVP-Frauen Graubünden beginnt mit der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts im Jahre 1971 auf Bundes- und 1972 auf Kantonsebene. Zwar wurden im Kanton Graubünden die Gemeinden bereits 1962 ermächtigt, das kommunale Frauenstimm- und Wahlrecht einzuführen. Von diesem Recht machten bis 1970 jedoch nur gerade 15 von 219 Gemeinden Gebrauch, darunter war im Jahr 1968 auch die Stadt Chur. Schliesslich mussten 1983 im Kanton Graubünden noch 13 Gemeinden verpflichtet werden, das Frauenstimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene einzuführen.

Bei den ersten Grossratswahlen nach Einführung des Frauenwahlrechts 1973 wurde seitens der CVP Ida Derungs-Keller aus Chur auf Anhieb als erste und einzige Frau gewählt. Während Jahren war sie die alleinige Vertreterin der Frauen in dieser Fraktion. Schliesslich sollte mit Heidi Derungs-Brücker eine Parteikollegin gewählt werden; die Abspaltung der CSP von der CVP verhinderte dies schliesslich. Ida Derungs-Keller wurde 1986/1987 als erste Frau Landespräsidentin des Kantons Graubünden. Eine CVP-Frau besetzte in diesem Jahr also das Amt der höchsten Bündnerin. Das Landespräsidium bildete den krönenden Abschluss der politischen Karriere von Ida Derungs-Keller. Für das Amt des Regierungsrats hat bis zum Jahr 2003 keine CVP-Frau kandidiert. Ebenso wurde bis heute keine CVP-Frau aus Graubünden nach Bern gewählt.

Um den Frauen den Zugang zur Politik zu erleichtern, wurde auf Initiative einiger Frauen am 19. März 1983 im Sinne einer kantonalen Vereinigung gemäss Art. 3 der damaligen Statuten der CVP Graubünden die Arbeitsgemeinschaft CVP-Frauen Graubünden gegründet. Erste Koordinatorin war Marie-Louise Nay-Bernhard, Chur. Der Vorstand oder das Team, wie es damals hiess, setzte sich aus vier weiteren aktiven Frauen zusammen.

Bereits am 23. August 1983 fand die erste Tagung in Ilanz statt. CVP-Nationalrätin Elisabeth Blunschi-Steiner aus Schwyz (die erste Nationalratspräsidentin der Schweiz) referierte als Mitglied der Expertenkommission des Bundes über die wichtigsten Revisionspunkte zur 10. AHV-Revision. Am 1. Januar 1986 übernahm Margreta Cabrin-Seeli aus Falera die Koordination der CVP-Frauen, die sie bis zum Jahre 1993 innehatte. Gleichzeitig war Margreta Cabrin-Seeli Vizepräsidentin der CVP Graubünden. Zur Jahresversammlung vom 9. März 1987 konnten bereits über 200 aktive Frauen eingeladen werden. Die Veranstaltungen der CVP-Frauen waren nicht nur frauenspezifischen Problemen gewidmet, sondern allen politischen Themenbereichen.

Einen besonderen Höhepunkt für die CVP-Frauen Graubünden bildete die Durchführung der

Delegiertenversammlung der CVP-Frauen Schweiz am 23. Oktober 1993 im Grossratssaal in Chur. Die neue Koordinatorin Monica Keller aus Chur und Sta. Maria i.C. konnte über 100 Frauen aus der ganzen Schweiz begrüssen. Gast war CVP-Bundesrat Flavio Cotti, welcher für seine besondere Unterstützung in der Frauenförderung mit dem "Prix des Femmes" ausgezeichnet wurde.

Nach der Statutenänderung der Mutterpartei im November 1998 revidierten auch die CVP-Frauen das Reglement der Arbeitsgemeinschaft der CVP-Frauen Graubünden vom 19. März 1983. Unter der Präsidentin Silvia Degiacomi aus St. Moritz wurden die neuen Statuten der Vereinigung im Sinne der Statuten der CVP Graubünden am 17. Januar 2002 genehmigt. Die CVP-Frauen Graubünden (Dunnas PCD Grischun, Donne PDC Grigioni) bilden eine Basisorganisation der gesamtschweizerischen Dachorganisation der CVP-Frauen Schweiz.

die grossrätinnen der cvp graubünden

Ida Derungs-Keller, Chur	1973 – 1987
Elisabeth Vincenz, Schlans	1991 – 1994
Judith Durisch-Vieli, Chur	1994 – 1997
Rina Steier-Peduzzi, Savognin	1994 – 2000
Anni Zarn-Joos, Landquart	1994 – 1997
Silvia Degiacomi, St. Moritz	1997 – 2000
Giovanna Giuliani, Poschiavo	1997 – 2003
Laetitia Cavegn-Kaiser, Ilanz	seit 1997
Barla Cahannes Renggli, Chur	seit 2000
Claudia Kleis-Kümin, Thusis	seit 2003
Martina Zarn, Landquart	seit 2003

20 jahre junge cvp graubünden

roman cantieni



gründungsversammlung der jcvp graubünden

Am Samstag, 29. Januar 1983, fand im Restaurant Pestalozza in Chur die Gründung der Jungen CVP (JCVP) Graubünden statt. Sie bekennt sich zu den gleichen Grundätzen und Zielen wie die CVP Graubünden. Sie tritt ein für Freiheit, Fortschritt, Demokratie und soziale Gerechtigkeit auf christlicher Grundlage. Die JCVP wendet sich an alle politisch interessierten jungen Leute mit dem Ziel, das politische Engagement der Jugend zu fördern und ihre Interessen in der Politik zu wahren. Als Präsident wählte die Versammlung Gion Andri Decurtins, Chur.

aktionen

Einen Aktivitätshöhepunkt stellte die Organisation des Treffens der Jungen Alpenregion (Junge Christdemokraten aus dem Alpenraum) im Herbst 1992 in Ilanz dar. Diese Veranstaltung stand ganz im Zeichen der Europadiskussion. Unvergesslich ist der Auftritt des damaligen CVP-Generalsekretärs Ivan Rickenbacher. 1995 wurde die Muttertagsaktion (Rosen für Mütter) ins Leben gerufen, die bis heute ihre Nachahmer findet.

Die JCVP Graubünden engagierte sich stets sehr stark für die Personen am Rande der Gesellschaft. So organisierte sie Anlässe in Heimen für Asylsuchende und Obdachlose und sammelte zur Unterstützung der Obdachlosen Geld. Zahlreiche Podiumsdiskussionen zu verschiedenen Themen gehörten zu den weiteren Aktivitäten.

nationalratswahlen

1995 nahm die JCVP erstmals mit einer eigenen Liste an den Nationalratswahlen teil und konnte mit den Kandidatinnen Tina Werro, Claudia Lutz sowie den Kandidaten Luca Tenchio, Urs Hubert und Rolf Bless den sensationellen 6. Platz aller Listen erreichen. Vier Jahre später errang die Junge CVP mit den Kandidaten Remo Cavegn, Martin Candinas, Claudia Lutz, Gion Giger und Armon Werro den zehnten Rang. Für die Nationalratswahlen 2003 stellte die Junge CVP Graubünden eine junge Liste für die CVP Graubünden zusammen. Zur Wahl stellen sich Corsin Farrér, Ernst Sax, Lionella Zanolari, Patrick Lardi und Roman Cantieni.

ausblick

Die JCVP Graubünden will sich in Zukunft verstärkt spezifischen Sachthemen annehmen und ihren Anliegen allenfalls mit direktdemokratischen Mitteln zum Durchbruch verhelfen. Ebenso soll mit Event- und Projektmanagement eine breite Öffentlichkeit mit der Politik konfrontiert werden. Des Weiteren will die JCVP Graubünden mit Nachdruck daran arbeiten, weitere regionale Sektionen wie die JCVP Surselva zu gründen. Schliesslich soll in Zusammenarbeit mit der Mutterpartei ein Patensystem aufgebaut werden, das jungen Mitgliedern den Einstieg in die Politik erleichtert.

präsidenten

Gion Andri Decurtins, Chur	1983 – 1987	Gründungspräsident
Mario Cavigelli, Domat/Ems	1987 – 1989	
Stefan Eisenring, Rhäzüns	1989 – 1991	
Remo Blumenthal, Ilanz	1992 – 1993	
Jacqueline Meyer, Rhäzüns	1993 – 1996	
Markus Peng, Domat/Ems	1996 – 2000	
Gion Giger, Chur	2000 – 2002	
Roman Cantieni, Ilanz	seit 2002	

die christlichsoziale politische bewegung in graubünden

christian camathias



Der Ursprung der christlichsozialen Bewegung in der Schweiz geht zurück auf die Enzyklika "Rerum novarum", die Papst Leo XIII. am 15. Mai 1891 erliess. Auch in Graubünden beschritt man den Weg, den dieser Papst vorgezeichnet hatte. Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Haus- und Hotelangestelltenvereine sowie christliche Gewerkschaften und Krankenkassen entstanden. Diese Organisationen entwickelten sich in der Folge recht gut. 1919 wurde der Kantonalverband christlichsozialer Organisationen gegründet und für 1929 ist in Chur eine selbstständige christlichsoziale Parteigruppe nachweisbar. Anfangs der dreissiger Jahre bestanden zudem in Davos und St. Moritz konservativ-christlichsoziale Parteien.

Mitte November 1936 kam es zum Zusammenschluss der Bündner Christlichsozialen. Den ersten Kantonalvorstand dieser "Christlichsozialen politischen Gruppe von Graubünden" präsidierte Grossrat Walter Liesch, Surava. Zum offiziellen Parteiorgan wurde die "Bündner Hochwacht" erklärt. Die Gründung dieser christlichsozialen Parteigruppe stiess bei den konservativen Häuptionern, wie Paul Bruggmann in seiner Schrift "Die Christlichsoziale politische Bewegung in Graubünden 1936–1971" festhält, auf wenig Gegenliebe. In der Folge kam es zu ersten Auseinandersetzungen mit der Konservativen Partei. Im Rahmen einer Kantonaltagung im Mai 1939 wurde der Name der Parteigruppe in "Christlichsoziale Partei von Graubünden" (CSP) geändert. Damit sollte der Wille zur Selbstständigkeit dokumentiert werden. Obwohl die Vertreter der CSP nach wie vor den Pflichten der Gesamtpartei nachkamen, nahm die CSP zu allen sie interessierenden Fragen und Abstimmungsvorlagen selbständig Stellung.

Bereits seit 1925 hatte die Christlichsoziale Partei mit der "Bündner Hochwacht" ein eigenes Presseorgan. Dieses erschien jeweils dienstags, donnerstags und samstags im Kopfblatt der ebenfalls christlichsozialen Tageszeitung "Hochwacht". Da diese dreimal wöchentliche Erscheinungsweise nicht befriedigte, suchte man nach anderen Lösungen. So wurde 1946 mit dem "Bündner Tagblatt" betreffend Zusammenarbeit – ergebnislos – verhandelt. Auch die tägliche Herausgabe der "Bündner Hochwacht" konnte nicht realisiert werden.

In den fünfziger Jahren setzten sich die drei grossen Tageszeitungen in Graubünden durch, eine nur dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung hatte keine Überlebenschance mehr. Ab 1956 wurde die "Bündner Hochwacht" noch als Wochenzeitung herausgegeben und Ende 1958 stellte sie ihr Erscheinen endgültig ein. Mit der "Bündner Hochwacht" verloren die Christlichsozialen ein Sprachrohr, das ihnen viele Jahre gute Dienste geleistet hatte.

Einen ersten politischen Erfolg konnte die Christlichsoziale Partei bei den Regierungsratswahlen von 1941 verbuchen: Nach einem zum Teil harten internen Wahlkampf zwischen der Gesamtpartei und der christlichsozialen Parteigruppe wurde im dritten Wahlgang der aus Surava stammende Christlichsoziale Walter Liesch gewählt. Diese Wahl kam erst zustande, nachdem zuvor der konservative Mitbewerber, Kanzleidirektor Josef Desax, auf eine weitere Kandidatur zugunsten der Christlichsozialen verzichtet hatte.

Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Parteitätigkeit durch den Aktivdienst stark beeinträchtigt. Für die Abstimmungen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene fasste die CSP jeweils ihre eigenen Parolen.

Neue Impulse gab den Christlichsozialen die Kantonaltagung vom November 1947 in Domat/Ems. Dabei wurde die Eigenständigkeit abermals betont, aber eine Trennung von der Gesamtpartei klar ausgeschlossen.

Infolge Amtszeitbeschränkung schied Walter Liesch auf Ende 1950 aus der Regierung aus. An seiner Stelle nahm Ettore Tenchio nach dem zweiten Wahlgang Einsitz in die Bündner Regierung, behielt aber gleichzeitig sein 1947 errungenes Nationalratsmandat. Damit verblieb die zweckmässige Zusammensetzung von je einem konservativen und einem christlichsozialen Vertreter unserer Partei.

1948 bis 1951 kam es zur Flurbereinigung in der Gesamtpartei. Dabei war es in erster Linie Ettore Tenchio, der die Einheit der Gesamtpartei unter allen Umständen wahren wollte. Bei der Delegiertenversammlung von anfangs September 1951 einigte man sich auf den Parteinamen "Konservative und Christlichsoziale Volkspartei Graubünden".

Da per Ende 1958 das Erscheinen der "Bündner Hochwacht" eingestellt wurde, liegen für die folgenden Jahre nur noch sehr wenige Informationen über die Christlichsozialen vor. Dennoch ist erwiesen, dass sich im Laufe der folgenden Zeit das Verhältnis zwischen den beiden Parteiflügeln zusehends verbesserte. Dieser Entwicklung war es zu verdanken, dass die Christlichsozialen 1971 als integriert in die Gesamtpartei galten. Demzufolge erachteten sie ihre Gruppierung nicht mehr als notwendig. So beschlossen 1973 die Christlichsozialen in der Stadt Chur ihre Partei aufzulösen. Auf kantonaler Ebene sind gemäss der Schrift des langjährigen Parteisekretärs Paul Bruggmann keine Unterlagen vorhanden, die auf einen Beschluss zur Auflösung der christlichsozialen Parteigruppe schliessen lassen. Mit der Zustimmung der Christlichsozialen zu den Statuten der neuen Gesamtpartei, der CVP, betrachtete man diese Angelegenheit offenbar als erledigt.

Meinungsverschiedenheiten zwischen der CVP und der CSP führten am 7. November 1987 - unter Tagespräsident Paul Bruggmann - zu einer Neugründung der Christlichsozialen Parteigruppe Graubünden. Bei den Regierungsratswahlen im folgenden Jahr setzte sich Aluis Mais-

sen (CVP) im zweiten Wahlgang knapp gegen Bernard Cathomas (CSP) durch. 1989 traten die CVP und CSP mit separaten Listen zu den Kreiswahlen in Chur an. Dabei gewann die CSP mit Josef Senn, Bernard Cathomas und Heidi Derungs gleich drei Sitze im Grossen Rat. Eine gemeinsame Fraktionsbildung im Grossen Rat scheiterte jedoch. Im gleichen Jahr wurde die CSP Graubünden mit Sektionen in Chur und Domat/Ems selbständig, hinzu kam 1990 eine Sektion in Ilanz und Umgebung.

1991 traten die CVP und CSP mit separaten Listen zu den Nationalratswahlen an. Obwohl die CVP mit 57'043 Stimmen die meisten Stimmen erhielt, reichte das Resultat nur für ein Mandat. Die Listenverbindung SP (47'590 Stimmen) und CSP (15'513 Stimmen) brachte den Sozialdemokraten erstmals ein zweites Mandat. Damit hatte die CVP ihren zweiten Nationalratssitz, den sie seit ihrer Gründung inne hatte, verloren.

Vergeblich versuchten die CVP und die CSP 1995 mit einer gemeinsamen Liste den verlorenen Sitz zurück zu erobern.

Bei den Kreiswahlen 2000 verlor die CSP alle ihre Sitze im Grossen Rat. Dieser Misserfolg bei den Kreiswahlen sowie der Mitgliederschwund führten dazu, dass die autonome CSP Graubünden im Juni 2000 aufgelöst wurde und ein Grossteil ihrer Interessenvertreter wieder im Schosse der CVP Graubünden politisieren.

Literatur:

Bruggmann Paul. Die christlichsoziale politische Bewegung in Graubünden 1936–1971. Chur 1990.

konservativ-christlichsoziale volkspartei eine dynamische partei – staatstragend und sozial

rené hefti



im gespräch mit dr. ettore tenchio, alt-regierungs- und nationalrat, alt-präsident der christlichsozialen parteigruppe von graubünden und der schweiz, alt-präsident der konservativ-christlichsozialen volkspartei der schweiz.

René Hefti: Der erste gesamtschweizerische Parteitag vom 22. April 1912 in Luzern brachte den endgültigen Zusammenschluss der mehr konservativ und bäuerlich orientierten Kantonalparteien der katholischen Stammlande (Innerschweiz, Freiburg, Wallis) und der paritätischen Kantone (St. Gallen, Aargau, Graubünden) mit der wachsenden katholischen Diaspora der Städte, die sich vorwiegend aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen rekrutierte und politisch im christlichsozialen Parteiflügel engagiert war. Was war, Herr Dr. Tenchio, Ihre Motivation, in jungen Jahren als Anwalt aus dem Misoix, für die Christlichsozialen in die Politik einzusteigen?

Ettore Tenchio: Die politische Partei ist eine Geistes-, Arbeits- und Kampfgemeinschaft gleichgesinnter Bürger und Bürgerinnen. Unsere Partei strebt das *bonum comune* an: Freiheit, Frieden und Wohlfahrt für alle. In den zum Teil heftigen Auseinandersetzungen der dreissiger und vierziger Jahre zwischen den faschistischen Fröntlern und den marxistischen Staatsauffassungen war die christliche Soziallehre der Kirche nicht nur motivierender Leitfaden, sondern auch

für den katholischen Akademiker zündende Idee in Richtung einer christlichen Demokratie.

Der Ursprung der christlichsozialen Bewegung in der Schweiz lag in der Enzyklika "Rerum novarum", die Papst Leo XIII. erliess. Welche Bedeutung hatte diese für Ihr Leben und die Politik?

Die Enzyklika *Rerum novarum* (Papst Leo XIII.) und *Quadragesimo anno* (Papst Pius XI.) bildeten die Magna Charta unserer sozialpolitischen Tätigkeit. Sie waren nicht nur ideelle Stützen und Wegweiser, sondern boten auch wirklichkeitsnahe Problemlösungsvorschläge. Mit den damals neuen Ideen eines Familienschutzes, eines Soziallohnes, das heisst eines für kinderreiche Familien dank Kinderzulagen ausreichenden Familienlohnes und mit dem konstruktiven Arbeitsfrieden des christlichen Solidarismus wurden neue Wege und klare Ziele gezeichnet. Damit wollten wir die christliche Arbeiterschaft dem Griff des marxistischen Klassenkampfes und der roten Monoporganisationen entziehen und durch unsere Partei, welche ihre Belange und Interessen wirkungsvoll zu vertreten hatte, retten.

Wer Paul Bruggmanns Broschüre "Die Christlichsoziale politische Bewegung in Graubünden" liest, spürt die Machtkämpfe zwischen den Kon-

servativen und den Christlichsozialen, aber auch die ständigen Bemühungen, vereint miteinander zu politisieren. Wie haben Sie das erlebt?

Unsere Volkspartei bedarf der soliden staatspolitischen Elemente der Konservativen und der sozialen Kraft der Christlichsozialen (Sauerteig nannte man das). So deckte unsere Volkspartei die innere Struktur unserer Bevölkerung von rechts bis links.

Die Vertreter der zwei Richtungen hatten zum Teil andere Vorgaben, Interessenlagen, politische Erfahrungen und eigene Wählerkreise. Der Kitt war aber die gemeinsame christliche Haltung, die katholische Weltanschauung. Wie in jeder lebendigen Demokratie waren die Diskussionen manchmal hart, Späne flogen und die Kröpfe wurden geleert. Die führenden Männer – die Frauen waren nach der damaligen Gesellschaftsordnung leider noch nicht "politfähig" – waren von Anfang an Pioniere und Förderer der geschlechtlichen Gleichberechtigung. Die führenden Männer, welche sich mit gewissen persönlichen Vorurteilen begegneten, setzten sich an den gleichen Tisch, um sich besser zu verstehen und um zusammen zu arbeiten. Jeder wusste, dass eine Versöhnung, eine Einigung für beide Seiten lebenswichtig war. Hart ging es, aber es ging. Der Adler fliegt mit zwei Flügeln. Auch zwei Blüten aus dem gleichen Zweig zeigt uns die Natur. A la limite galt also auch "getrennt marschieren, vereint schlagen".

Im Jahre 1947 wurden Sie als junger Anwalt in den Nationalrat gewählt. Damit begann für Sie eine äusserst aktive parteipolitische Phase. Gab es auch in der Bundesfraktion Flügelkämpfe zwischen konservativen und christlichsozialen Parlamentariern?

Meine Wahl in den Nationalrat 1947 erfolgte durch den Gewinn eines Sitzes für unsere Partei in Graubünden, welche drei Sitze im Nationalrat inne hatte. Dieser Sieg unserer Gesamtpartei war möglich geworden auch dank der geschlossenen Unterstützung aus den Valli und hatte für die Partei wohl Signalwirkung.



Eigentliche Flügelkämpfe in unserer Fraktion in Bern gab es nicht. Durch Besprechungen und Verhandlungen konnte man praktisch immer eine Einigung erzielen. Partei

und Fraktion arbeiteten in ausgeglichener Harmonie und Selbstständigkeit zusammen. Beweise? Im Jahre 1955 war ich Präsident der Christlichsozialen Parteigruppe der Schweiz. 1960 wurde ich in Olten grossmehrheitlich zum Präsidenten der Konservativ-christlichsozialen Volkspartei der Schweiz gewählt (und blieb dies bis 1968). Mein Freund Kurt Furgler war zur gleichen Zeit Fraktionspräsident und später Bundesrat. Die schweizerische Gesamtpartei hatte also mit zwei Christlichsozialen in der Führung keine schlechte Erfahrung gemacht, sondern Fortschritte und Harmonie der Werte errungen.

Ein Bundesrat fragte mich einst: „Sie sind der Präsident der Schweizerischen Konservativ-christlichsozialen Volkspartei. Wo situieren Sie sich? Bei den Konservativen oder den Christlichsozialen?“ Ich antwortete: „Beim Bindestrich!“

Am 23. Mai 1948 wurden Sie als Präsident der Christlichsozialen Volkspartei von Graubünden gewählt. Was waren die Hauptziele in unserem Kanton?

Die Hauptfrage für uns in Graubünden war: Eine oder zwei Parteien? Die Delegiertenversammlung der Gesamtpartei – intelligent und weitsichtig – stimmte am 2. September 1951 einem modernen Kompromiss, einer Verständigungslösung für neue Parteistatuten zu. Art. 12 der neuen Statuten war ein Kunstwerk der Balance und des Ausgleichs. Es wurde das Gebilde einer „Parteigruppe“ anerkannt und damit konnte

die Zusammenarbeit fortan gut und erfolgreich spielen. Hier der erste und zweite Absatz des genannten Artikels:

„Beschlüsse und Entscheidungen über Fragen allgemein politischer, religiöser und kultureller Natur sowie über Wahlen sind verbindlich.

In wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen ist jeweils eine einheitliche Stellungnahme nach den Grundsätzen des Wirtschafts- und Sozialprogrammes anzustreben, welches von der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, dem Schweizerischen Katholischen Volksverein und dem Christlichsozialen Arbeiterbund aufgestellt worden ist.“

Worin sehen Sie die Bedeutung der Christlichsozialen um die Jahrtausendwende?

Die Römer bezeichneten die Christen als Sekte. Nein. Christentum ist keine Sekte. Christentum ist eine Haltung. Die Geschichte zeigt seinen dynamischen Zug durch Wort und Tat im Zeichen der Nächstenliebe. In der Kraft unserer gemeinsamen Werte müssen wir keine Angst haben vor Spaltungen und vor der Dämonie der heutigen Zeit. Der gute Geist einer Christlichdemokratischen Volkspartei, welche Konservative und Christlichsoziale zusammenhält und integriert, kann auch erfolgreich der modernen Welt und unserer Schweiz Impulse, Visionen und gute gesellschaftliche Werte verleihen.

cvp-mandatsträger seit der gründung der partei 1903

fidel caviezel



Im Jahre 1903 wurde die kantonale Partei unter dem Namen "Konservativ-demokratische Partei Graubündens" (KDP) gegründet. Die damals beschlossenen Parteistatuten wurden im Laufe der Jahre mehrmals revidiert. Bei der Totalrevision vom 13. Februar 1971 erhielt die Partei den Namen "Christlichdemokratische Volkspartei Graubünden" (CVP). Dieser Parteiname wurde bei späteren Revisionen unverändert übernommen. Er gilt somit auch im Jubiläumsjahr 2003.

Es ist daher vertretbar, die Mandatsträger, die das Amt in der Zeit von 1903 bis 1971 ausgeübt haben, unter dem heute gültigen Parteinamen CVP aufzuführen. Dieses Vorgehen ist ebenfalls im Interesse einer einfachen und verständlichen Gestaltung der verschiedenen Listen angezeigt.

Aus Zeitgründen und mangels entsprechender Unterlagen ist es im Übrigen nicht möglich, Listen von allen CVP-Mandatsträgern seit 1903 zusammenzustellen. Aus den gleichen Gründen muss auch von einer in allen Teilen einheitlichen Darstellung der einzelnen Listen abgesehen werden. Die kurzen einleitenden Erläuterungen dienen jeweils dem besseren Verständnis. Die Reihenfolge der einzelnen Mandatsträger erfolgte in Anlehnung an die Angaben im Staatskalender (Reihenfolge am Anfang einer Legislatur- oder Amtsperiode bzw. alphabetisch).

die standespräsidenten

Mit der Mediationsverfassung von 1803 wurde erstmals ein Grosser Rat eingeführt, der am 13. Mai 1803 sein erstes Reglement (Geschäftsordnung) erlassen hat. Dieser Rat bestand aus 63 Abgeordneten, die von den Gerichtsgemeinden für eine einjährige Amtsperiode im gleichen Verhältnis wie zur Zeit der Drei Bünde gewählt wurden. Demnach entfielen 27 auf den Grauen Bund, 22 auf den Gotteshausbund und 14 auf den Zehngerichtenbund. Gemäss Reglement versammelte sich der Grosse Rat gewöhnlich ein Mal im Jahr auf den 12. des Monats Mai.

Die Versammlung wurde jeweils durch das präsidierende Mitglied des Kleinen Rates eröffnet. Nach erfolgter Legitimation der Mandate schritt der Grosse Rat zur Wahl des Präsidenten. Es stand dem Rat frei, einen Präsidenten aus der Versammlung oder aus den drei Häuptern, die den Kleinen Rat bildeten, zu wählen. Nach der Wahl, die für ein Amtsjahr galt, wobei Wiederwahl möglich war, hatte der neue Präsident des Grossen Rates bei "offenen Fenstern und Türen" mit lauter Stimme und erhobenen Fingern den Amtseid abzulegen.

Mit der Kantonsverfassung von 1854 wurde der Grosse Rat nicht mehr von den Gerichtsge-
meinden, sondern von den Kreisen frei im Verhältnis ihrer Bevölkerung gewählt. Die Mitglie-
der des Grossen Rates, die nunmehr die Kreise vertraten und ohne Instruktion stimmten, blieben
mindestens ein Jahr im Amt und waren wieder wählbar. Die Mitgliederzahl und die Verteilung
auf die Kreise bestimmte das Gesetz. Der Präsident des Grossen Rates wurde ebenfalls für ei-
ne einjährige Amtsdauer frei aus den Mitgliedern des Grossen Rates gewählt, wobei Wiederwahl
möglich war. Nach den Kantonsverfassungen von 1880 und 1892 galt für den Grossen Rat eine
Amtsperiode von zwei Jahren mit der Möglichkeit der Wiederwahl. Im Übrigen wurde die Rege-
lung aus dem Jahre 1854 im wesentlichen übernommen.

Mit Volksbeschluss vom 26. November 1989 wurde die Amtsperiode für den Grossen Rat
von zwei auf drei Jahre erhöht, anwendbar erstmals auf die Wahlen im Frühjahr 1991. Wieder-
wahl war nach wie vor möglich. Unverändert blieb die einjährige Amtszeit für den Landesprä-
sidenten. Wie bereits angedeutet, wurde die Wiederwählbarkeit als Landespräsident nie ein-
geschränkt oder gar ausgeschlossen. Bis zur Einführung des Departementalsystems 1892/1894
wurden denn auch zahlreiche Persönlichkeiten aus damals führenden Bündner Familien mehrmals
zum Landespräsidenten gewählt. Seit dem Bestehen des Departementalsystems bekleidete je-
doch nur ein einziger Abgeordneter zwei Mal das Amt des Landespräsidenten (1908 und 1937).

Am 5. März 1972 haben die stimmberechtigten Kantonseinwohner der Einführung des Frau-
enstimm- und Wahlrechts zugestimmt. Seither gehören auch Frauen dem Bündner Grossen Rat
an. CVP-Grossrätin Ida Derungs war die erste Landespräsidentin des Kantons Graubünden.
Seit 1995 wird die Sitzung zu Beginn einer Legislaturperiode durch das amtsälteste Mitglied
des Grossen Rates eröffnet. Mit dem Inkrafttreten der am 18. Mai 2003 angenommenen neuen
Kantonsverfassung wird die Amtsdauer des Grossen Rates auf vier Jahre erhöht.

Die nachfolgende Zusammenstellung der CVP-Landespräsidenten in der Zeit von 1903–2003
zeigt eine angemessene Verteilung dieses Ehrenamtes auf die verschiedenen Talschaften unseres
Kantons. Bemerkenswert ist vor allem die ansehnliche Berücksichtigung der entlegenen Talschaf-
ten und der Sprachminderheiten.

Dr. Augustin Condrau, Disentis	1903/1904
Dr. Julius Dedual, Chur	1906/1907
Dr. Johann Schmid, Chur	1909/1910
Dr. Johann Bossi, Chur	1912/1913
Wilhelm Plattner, Chur	1915/1916
Dr. Alois Steinhauser, Sagogn	1918/1919

Christian Foppa, Vignogn	1921/1922
Dr. Joseph Vieli, Chur	1924/1925
Gion Bistgaun Capaul, Lumbrein	1927/1928
Dr. Giusep Condrau, Disentis	1930/1931
Giacomo Beti, Poschiavo	1933/1934
Dr. Johann Peter Sonder, Salouf	1936/1937
Dr. Rudolf von Toggenburg, Laax	1939/1940
Adalbert Wieland, Sumvitg	1943/1944
Johann Christian Solèr, Vrin	1946/1947
Dr. Dario Plozza, Brusio	1949/1950
Gieri Vincenz, Trun	1952/1953
Dr. Constantin Maron, Bonaduz	1955/1956
Guido Crameri, Poschiavo	1958/1959
Edwin Decurtins, Landquart	1962/1963
Gion Fidel Coray, Schluein	1965/1966
Flurin Conrad, Müstair	1968/1969
Albert Brunner, Domat/Ems	1971/1972
Adolf Schmid, Vals	1974/1975
Aluis Giger, Disentis	1977/1978
Piero Stanga, Roveredo	1980/1981
Leonhard Flepp, Bonaduz	1983/1984
Ida Derungs-Keller, Chur	1986/1987
Albert Nadig, Landquart	1989/1990
Baltermia Peterelli, Savognin	1992/1993
Romano Fasani, Mesocco	1995/1996
Gion Schwarz, Disentis	1998/1999
Rodolfo Plozza, Brusio	2001/2002

die mitglieder des kleinen rates bzw. der regierung

Die Bezeichnung "Kleiner Rat" kommt erstmals in der Mediationsverfassung von 1803 vor. Mit Volksbeschluss vom 3. Oktober 1971 wurde diese Bezeichnung durch "Regierung" ersetzt. Die neue Bezeichnung gilt seit den Regierungswahlen von 1974. Der Name "Kleiner Rat" hatte somit rund 170 Jahre Bestand. Gemäss Verfassung von 1803 setzte sich der Kleine Rat aus den drei Bundeshauptern zusammen, die in jedem der drei Bünde durch die Repräsentanten der Gerichtsgemeinden aus allen Bürgern des einzelnen Bundes „ohne Rücksicht auf ehemals bestandene Privilegien“ gewählt wurden. Die Amtsdauer betrug damals ein Jahr. Wiederwahl war immer möglich, aber erst nach Ablauf eines Jahres nach dem Austritt.

In Anpassung an die Bundesverfassung von 1848 trat am 1. Februar 1854 eine neue Kantonsverfassung in Kraft. Demnach setzte sich der Kleine Rat weiterhin aus drei Mitgliedern zusammen, die jedoch neu durch den Grossen Rat für eine einjährige Amtsdauer gewählt wurden und für ein weiteres Jahr wählbar waren. Das Amt konnte aber nicht länger als zwei nacheinander folgende Jahre bekleidet werden. Den Vorsitz führte abwechselnd jedes Mitglied während vier Monaten des Jahres. Die Mitglieder des Kleinen Rates konnten nicht gleichzeitig der Bundesversammlung angehören.

Im Jahre 1880 folgte eine neue Kantonsverfassung. Unter anderem wurde auch die Amtsdauer auf zwei Jahre erhöht und die Wiederwahl für eine weitere Amtsdauer eingeführt. Mehr als zwei aufeinander folgende Amtsperioden waren jedoch nicht möglich. Für die Wahl der drei Mitglieder des Kleinen Rates war weiterhin der Grosse Rat zuständig. Dieser wählte weiterhin den Präsidenten des Kleinen Rates für eine einjährige Amtsdauer.

Im Januar 1894 trat die in der Volksabstimmung vom 2. Oktober 1892 angenommene Kantonsverfassung in Kraft. Zu den wichtigsten Neuerungen gehörten die Einführung des Departementalsystems, der Verzicht auf die Standeskommission und die Wahl des neu aus fünf Mitgliedern bestehenden Kleinen Rates durch das Volk. Die Amtsdauer wurde auf drei Jahre erhöht und die Wiederwählbarkeit für zwei weitere Amtsdauern eingeführt. Daraus ergab sich eine maximale Amtszeit eines Mitgliedes des Kleinen Rates von insgesamt neun Jahren. Diese Regelung hatte 80 Jahre Bestand. Der Präsident des Kleinen Rates wurde wie bisher alljährlich gewählt. Ein Mitglied des Kleinen Rates durfte der Bundesversammlung angehören.

Am 3. Oktober 1971 stimmte das Volk einer Teilrevision der Kantonsverfassung zu mit einer Verlängerung der Amtsperiode der Regierung von drei auf vier Jahre, wobei die zweimalige Wiederwahl beibehalten wurde. Mit dieser Revision, die erstmals auf die Wahlen im Frühjahr 1974 (Amtsperiode 1975–1979) anwendbar war, ergab sich somit eine Höchstdauer der Amtszeit der Mitglieder der Regierung von zwölf Jahren statt der bisherigen neun. Seit 1979 dürfen Regierungsräte nicht Mitglieder der Bundesversammlung sein.

Abkürzungen

DIV	= Departement des Innern und der Volkswirtschaft
JPD	= Justiz- und Polizeidepartement
ED	= Erziehungsdepartement
ESD	= Erziehungs- und Sanitätsdepartement (ab 1928)
FMD	= Finanz- und Militärdepartement
BFD	= Bau- und Forstdepartement
JPSD	= Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement (ab 1987)
EKUD	= Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement (ab 1987)
BVFD	= Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement (ab 1987)
SR	= Ständerat
NR	= Nationalrat

In der Zeit von 1903 bis 2003 haben folgende CVP-Persönlichkeiten der Bündner Regierung angehört (maximale verfassungsmässige Amtszeit bis 1974 neun Jahre, nämlich eine Amtsperiode von drei Jahren und zweimalige Wiederwählbarkeit; ab 1974 zwölf Jahre, bei einer Amtsperiode von vier Jahren und zweimaliger Wiederwählbarkeit).

1903 – 1905	Dr. Friedrich Brügger, Chur Balthasar Vieli, Rhäzüns	BFD FMD	
1906 – 1908	Balthasar Vieli, Rhäzüns Dr. Friedrich Brügger, Chur	FMD BFD	31.05.1907 Wahl in den SR
1909 – 1911	Dr. Julius Dedual, Chur Dr. Alois Steinhauser, Sagogn	BFD FMD	
1912 – 1914	Dr. Alois Steinhauser, Sagogn Dr. Julius Dedual, Chur	FMD BFD	
1915 – 1917	Dr. Julius Dedual, Chur Dr. Alois Steinhauser, Sagogn Dr. Johann Bossi, Chur	BFD FMD FMD	05.12.1915 Wahl in den NR Eintritt 06.12.1915
1918 – 1920	Dr. Johann Bossi, Chur Wilhelm Plattner, Chur Dr. Georg Willi, Chur	FMD BFD JPD	31.03.1920 Wahl in den NR Eintritt 01.04.1920
1921 – 1923	Wilhelm Plattner, Chur Dr. Georg Willi, Chur	BFD JPD	
1924 – 1926	Wilhelm Plattner, Chur Dr. Georg Willi, Chur	BFD JPD	

1927 – 1929	Dr. Josef Vieli, Chur Gion Giusep Huonder, Trun	JPD BFD	
1930 – 1932	Dr. Josef Vieli, Chur Gion Giusep Huonder, Trun	JPD BFD	
1933 – 1935	Gion Giusep Huonder, Trun Dr. Josef Vieli, Chur Gion Bistgaun Capaul, Lumbrein	BFD JPD BFD	gestorben am 22.01.1935 Eintritt 01.04.1935
1936 – 1938	Gion Bistgaun Capaul, Lumbrein Dr. Luigi Albrecht, Chur	BFD JPD	
1939 – 1941	Gion Bistgaun Capaul, Lumbrein Dr. Luigi Albrecht, Chur	BFD JPD	Austritt 31.12.1941
1942 – 1944	Dr. Luigi Albrecht, Chur Walter Liesch, Surava Dr. Gion Darms, Chur	JPD BFD JPD	26.10.1943 Wahl in den NR Eintritt 20.03.1944
1945 – 1947	Walter Liesch, Surava Dr. Gion Darms, Chur	BFD JPD	
1948 – 1950	Dr. Gion Darms, Chur Walter Liesch, Surava	JPD BFD	
1951 – 1953	Dr. Ettore Tenchio, Chur Dr. Augustin Cahannes, Chur	JPD FMD	
1954 – 1956	Dr. Augustin Cahannes, Chur Dr. Ettore Tenchio, Chur	FMD JPD	
1957 – 1959	Dr. Ettore Tenchio, Chur Dr. Augustin Cahannes, Chur	JPD FMD	
1960 – 1962	Dr. Gion Willi, Chur Dr. Emanuel Huonder, Disentis	JPD FMD	
1963 – 1965	Dr. Gion Willi, Chur Dr. Emanuel Huonder, Disentis	JPD FMD	
1966 – 1968	Dr. Emanuel Huonder, Disentis Dr. Gion Willi, Chur	FMD JPD	gestorben am 10.05.1968
1969 – 1971	Dr. Gieri Vieli, Domat/Ems Dr. Giachen Giusep Casaulta, Chur	FMD BFD	
1972 – 1974	Dr. Giachen Giusep Casaulta, Chur Dr. Gieri Vieli, Domat/Ems	BFD FMD	

1975 – 1978	Dr. Gieri Vieli, Domat/Ems Dr. Giachen Giusep Casaulta, Chur	FMD BFD
1979 – 1982	Reto Sciuchetti, Landquart Dr. Donat Cadruvi, Ilanz Dr. Bernardo Lardi, Chur	FMD Austritt 18.05.1979 BFD JPD Eintritt 01.12.1979
1983 – 1986	Dr. Bernardo Lardi, Chur Dr. Donat Cadruvi, Ilanz	JPD BFD
1987 – 1990	Dr. Donat Cadruvi, Ilanz Joachim Caluori, Bonaduz Dr. Aluis Maissen, Chur	BVFD Austritt 31.12.1988 EKUD FMD Eintritt 01.01.1989
1991 – 1994	Joachim Caluori, Bonaduz Dr. Aluis Maissen, Chur	EKUD FMD
1995 – 1998	Dr. Aluis Maissen, Chur Joachim Caluori, Bonaduz	FMD EKUD
1999 – 2002	Stefan Engler, Surava	BVFD
2003 –	Stefan Engler, Surava	BVFD

die kanzleidirektoren

Die Bezeichnung "Kanzleidirektor" kommt erstmals in dem vom Grossen Rat als Folge der Mediationsverfassung am 13. Mai 1803 erlassenen Reglement für den Kleinen Rat des Kantons Graubünden (Geschäftsordnung) vor. Seit 1803 bis heute hatte der Kanton Graubünden insgesamt elf Kanzleidirektoren. In der Zeit von 1903 bis heute haben fünf Kanzleidirektoren dieses Amt bekleidet. Davon gehörten zwei der CVP an:

Dr. Josef Desax, Trun/Chur	1929 – 1953
Dr. Fidel Caviezel, Sumvitg/Chur	1974 – 1991

die ständeräte

Nach dem Inkrafttreten der Mediationsverfassung hatte auch der neue Kanton Graubünden – wie die anderen Kantone – Abgesandte zu den ordentlichen und ausserordentlichen eidgenössischen Tagsatzungen zu ernennen. Die bündnerische Mediationsverfassung übertrug diese Ernennung und die Instruktion der Abgesandten dem neu geschaffenen Grossen Rat. Mit der Bundesverfassung von 1848 wurde die Schweiz von einem Staatenbund in einen Bundesstaat umgewandelt. Als föderatives Element wurde - neben dem Nationalrat – im Sinne eines gleichwertigen Zweikammersystems der Ständerat als Vertretung der Kantone eingeführt. Jeder Kanton bildete einen Wahlkreis und wählte innerhalb der Schranken des Bundesrechtes zwei, in geteilten Kantonen jeder „Landesteil“ einen Abgeordneten in den Ständerat. Die Regelung des Wahlrechtes, der Amtsperiode und der Wählbarkeit wurde den einzelnen Kantonen überlassen.

Die Bundesverfassung von 1874 hat die seit 1848 für den Ständerat bestehenden bundesrechtlichen Bestimmungen unverändert übernommen. Hingegen brachte die Bündner Kantonsverfassung in Bezug auf die Wahl der Ständeräte einige wichtige Änderungen: Die zwei Ständeräte wurden nicht mehr durch den Grossen Rat, sondern vom Volk gewählt. Die Wahl wurde nach dem Majorzsystem durchgeführt und die Amtsperiode auf drei Jahre festgesetzt. Diese Regelung wurde im wesentlichen auch in die neue Kantonsverfassung von 1892, in Kraft seit 1. Januar 1894, übernommen. Bei der Teilrevision der Kantonsverfassung vom Oktober 1971 wurde die Amtsperiode von drei auf vier Jahre verlängert und erstmals für die 1974 beginnende Amtsdauer angewendet. Für die Bündner Ständeräte besteht – wie bisher – keine Amtszeitbeschränkung. Die vierjährige Amtsperiode beginnt heute am 1. Januar und endet nach vier Jahren am 31. Dezember (früher begann die Amtsperiode am 1. Juni und endete am 31. Mai). Mit Ausnahme des Kantons Jura kennen zur Zeit alle Kantone für die Wahl des Ständerates das Majorzsystem. Der Kanton Jura wählt seine Ständeräte nach einem besonderen Proporzverfahren.

Dr. Franz Peterelli, Savognin	1899 – 1907
Dr. Friedrich Brügger, Chur	1907 – 1930 (1918 Präsident SR)
Gion Giusep Huonder, Trun	1930 – 1935
Dr. Georg Willi, Chur	1935 – 1941
Dr. Josef Vieli, Chur	1941 – 1956
Dr. Gion Darms, Chur	1956 – 1968
Dr. Gion Clau Vincenz, Chur	1968 – März 1979
Dr. Luregn Mathias Cavelti, Chur	Juni 1979 – 1994 (1989 Präsident SR)
Dr. Theo Maissen, Sevgein	seit 1995

die nationalräte

Der Nationalrat als Vertretung des Volkes wurde von 1848 bis 1919 nach dem Majorzsystem gewählt. Die nicht begrenzte Zahl der Nationalräte wurde periodisch nach Massgabe der Bevölkerung festgelegt und aufgrund einer Verteilzahl bzw. einer Restzahl auf die Kantone verteilt. Jeder Kanton oder Halbkanton hatte von 1848 an Anspruch auf mindestens einen Sitz. Während der Geltungsdauer des Majorzsystems sah das Gesetz bis 1900 drei Wahlgänge vor. Von 1900 an galt für den ersten Wahlgang das absolute Mehr, für den zweiten das relative Mehr. Als Folge der Bevölkerungszunahme erhöhte sich die Zahl der Nationalräte von 111 im Jahre 1848 auf 198 im Jahre 1922.

Nach weiteren Anpassungen der Verteilzahl in den Jahren 1931 und 1950 wurde die Zahl der Mitglieder des Nationalrates aufgrund einer Teilrevision der Bundesverfassung vom 4. November 1962 auf 200 begrenzt. Diese Regelung galt erstmals für die Wahlen von 1963. Bis 1931 betrug die Legislaturperiode drei Jahre. Mit einer Verfassungsrevision vom 15. März 1931 wurde die Legislaturperiode auf vier Jahre verlängert. Zu den wichtigsten Neuerungen, die das Wahlverfahren für den Nationalrat betreffen, gehört die Einführung des Proporzsystems in der Abstimmung vom 18. Oktober 1918, erstmals auf die Wahlen im Herbst 1919 anwendbar.

Diese Neuerungen, die im Laufe der Jahre von Volk und Ständen angenommen wurden, finden sich im wesentlichen auch in der neuen Bundesverfassung vom 18. April 1999. Im übrigen sind die Einzelheiten betreffend Wahl des Nationalrates heute im Bundesgesetz über die politischen Rechte geregelt. Die vierjährige Legislaturperiode läuft im Jahre der Gesamterneuerung mit dem Tag vor der konstituierenden Sitzung des neuen Rates (letzter Montag im November oder erster Montag im Dezember) ab. Von jeder Liste sind nach Massgabe der erreichten Mandate die Kandidaten gewählt, die am meisten Stimmen erhalten. Die nicht gewählten Kandidaten sind Ersatzleute in der Reihenfolge der erzielten Stimmen. In dieser Reihenfolge rücken sie bei Vakanzen während der Legislaturperiode nach. In Wahlkreisen, in denen nur ein Mandat zu vergeben ist, entfällt die Möglichkeit einer Proporz- oder Listenwahl. Für diese Fälle sieht das Gesetz die Majorzwahl mit einem Wahlgang vor. Eine stille Wahl ist nicht möglich.

Bei der Gründung der kantonalen Partei im Jahre 1903 verfügte die CVP über zwei von fünf Mandaten. Für die Jahre 1911–1963 ergab die Mandatsverteilung für den Kanton Graubünden eine Delegation von sechs Nationalräten. Nach der Einführung des Proporzwahlverfahrens von 1919 erhielt die CVP in den Amtsperioden 1925–1928, 1935–1939, 1947–1951, 1951–1955 und 1955–1959 drei von sechs Abgeordneten im Nationalrat. 1961 ergab die Verteilung für den Kanton Graubünden nur fünf Mandate. Davon stellte die CVP in der Zeit von 1963 bis 1991 zwei. 1991 verlor die CVP einen der beiden Sitze.

1903 – 1905	Dr. Alfred von Planta, Reichenau Dr. Caspar Decurtins, Trun	seit 1896 im NR seit 1881 im NR
1905 – 1908	Dr. Alfred von Planta, Reichenau Dr. Johann Schmid, Chur	
1908 – 1911	Dr. Alfred von Planta, Reichenau Dr. Johann Schmid, Chur	
1911 – 1914	Dr. Alfred von Planta, Reichenau Dr. Johann Schmid, Chur	
1914 – 1917	Dr. Alfred von Planta, Reichenau Dr. Johann Schmid, Chur Dr. Alois Steinhauser, Sagogn	1914 Präsident NR Austritt Dez. 1914 ab 01.01.1915
1917 – 1919	Dr. Johann Schmid, Chur Dr. Alois Steinhauser, Sagogn Dr. Julius Dedual, Chur	gestorben am 27.10.1918 in Paris ab Januar 1919
1919 – 1922	Dr. Johann Bossi, Chur Dr. Julius Dedual, Chur	
1922 – 1925	Dr. Johann Bossi, Chur Dr. Julius Dedual, Chur	
1925 – 1928	Dr. Johann Bossi, Chur Dr. Julius Dedual, Chur Christian Foppa, Vignogn	
1928 – 1931	Dr. Johann Bossi, Chur Christian Foppa, Vignogn	
1931 – 1935	Dr. Johann Bossi, Chur Christian Foppa, Vignogn	
1935 – 1939	Dr. Giusep Condrau, Disentis Dr. Johann Bossi, Chur Christian Foppa, Vignogn	
1939 – 1943	Dr. Giusep Condrau, Disentis Dr. Johann Bossi, Chur	
1943 – 1947	Dr. Luigi Albrecht, Chur Dr. Giusep Condrau, Disentis	
1947 – 1951	Dr. Luigi Albrecht, Chur Dr. Giusep Condrau, Disentis Dr. Ettore Tenchio, Chur	

1951 – 1955	Dr. Luigi Albrecht, Chur Dr. Giusep Condrau, Disentis Dr. Ettore Tenchio, Chur	
1955 – 1959	Dr. Giusep Condrau, Disentis Dr. Ettore Tenchio, Chur Dr. Rudolf von Toggenburg, Laax Paul Bruggmann, Chur	1957 Präsident NR gestorben am 23.02.1959 ab März 1959
1959 – 1963	Dr. Giusep Condrau, Disentis Dr. Ettore Tenchio, Chur	
1963 – 1967	Dr. Donat Cadruvi, Ilanz Dr. Ettore Tenchio, Chur	
1967 – 1971	Dr. Donat Cadruvi, Ilanz Dr. Ettore Tenchio, Chur	
1971 – 1975	Toni Cantieni, Lenzerheide Dr. Luregn Mathias Cavelti, Chur	
1975 – 1979	Toni Cantieni, Lenzerheide Dr. Luregn Mathias Cavelti, Chur Leonhard Flepp, Bonaduz	Juni 1979 Wahl in den SR ab Juni 1979 bis Nov. 1979
1979 – 1983	Toni Cantieni, Lenzerheide Dr. Dumeni Columberg, Disentis	
1983 – 1987	Toni Cantieni, Lenzerheide Dr. Dumeni Columberg, Disentis	
1987 – 1991	Dr. Dumeni Columberg, Disentis Dr. Theo Portmann, Chur	
1991 – 1995	Dr. Dumeni Columberg, Disentis	
1995 – 1999	Dr. Dumeni Columberg, Disentis	
1999 – 2003	Walter Decurtins, Trun	

amtsträger (präsidenten und vizepräsidenten) beim bundesgericht und bei den kantonalen gerichten

Die Mediationsverfassung von 1803 übernahm im wesentlichen das richterliche System der Drei Bünde. Sie sah jedoch die Möglichkeit vor, Änderungen der bestehenden Gesetze zu treffen und ein Appellationsgericht in jedem Bund oder ein einziges für den Kanton zu errichten. Gestützt auf diese Verfassungsbestimmung wurde zunächst ein Kantons-Oberappellationsgericht für Zivilsachen geschaffen. 1808 folgte die Errichtung eines Kantons-Kriminalgerichtes. Beide Gerichtsbehörden fanden auch Aufnahme in die Kantonsverfassung vom 12. November 1814.

Eine grundlegende Neuordnung der bündnerischen Gerichtsorganisation brachte die Kantonsverfassung von 1854. Im Rahmen einer neuen Struktur der Organisation der Gerichtsbehörden wurde unter anderem ein Kantonsgericht geschaffen. Dieses oberste Gericht des Kantons bestand damals aus einem Präsidenten und acht Beisitzern und hatte acht ordentliche Stellvertreter. Wahlbehörde für den Präsidenten, die Beisitzer und die Stellvertreter war der Grosse Rat. Die Amtsperiode betrug drei Jahre, wobei Wiederwahl immer zulässig war. Der Präsident wurde für die gleiche Amtsperiode aus den Mitgliedern des Kantonsgerichtes gewählt. Zur Zeit besteht das Kantonsgericht aus einem vollamtlichen Präsidenten, zwei vollamtlichen Vizepräsidenten und zehn nebenamtlichen Richtern. Wahlbehörde ist der Grosse Rat. Die Amtsperiode beträgt seit 1969 vier Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

1967 wurde die bündnerische Gerichtsorganisation mit einer Teilrevision der Kantonsverfassung durch Errichtung eines Kantonalen Verwaltungsgerichtes ergänzt. Diese bedeutende Änderung ist seit dem 1. Januar 1969 in Kraft. Das Kantonale Verwaltungsgerecht besteht aus drei ständigen und acht nichtständigen Richtern. Ständige Mitglieder sind ein vollamtlicher Präsident und zwei vollamtliche Vizepräsidenten. Die Amtsperiode beträgt vier Jahre. Die Mitglieder des Verwaltungsgerichtes mit Einschluss des Präsidenten und der Vizepräsidenten werden - wie beim Kantonsgericht - durch den Grossen Rat gewählt und sind wiederwählbar. In der Volksabstimmung vom 12. März 2000 wurde eine weitere bedeutende Gerichtsreform angenommen. Diese betrifft im wesentlichen die erstinstanzlichen Gerichte.

vizepräsident des bundesgerichtes

Dr. Giuseppe Nay, Chur

seit 2003, Bundesrichter seit 1988

präsidenten des kantonsgerichtes

Dr. Johann Schmid, Chur

1906 – 1929

Dr. Alex Schmid, Chur

1985 – 2002

Dr. Norbert Brunner, Domat/Ems

seit 2003

vizepräsidenten des kantonsgerichtes	Dr. Josef Vieli, Chur	1936 – 1942
	Dr. Giatgen Peder Sonder, Salouf	1942 – 1959
	Dr. Constantin Maron, Bonaduz	1960 – 1974
	Dr. Alex Schmid, Chur	1975 – 1984
vizepräsidenten des verwaltungsgerichtes	Dr. Gion Willi, Chur	1969 – 1982
	Dr. Leo Friberg, Chur	1983 – 1995
	Agostino Priuli, Chur	seit 1995

die parteipräsidenten der cvp seit 1903

Dr. Julius Dedual, Chur	1903, Gründungspräsident
Dr. Johann Schmid, Chur	1903 – 1905
Dr. Alois Steinhauser, Sagogn	1905 – 1909
Dr. Johann Bossi, Chur	1909 – 1915
Dr. Alois Steinhauser, Sagogn	1915 – 1918
Dr. Friedrich Brügger, Chur	1919 – 1930
Dr. Johann Bossi, Chur	1930 – 1940
Dr. Giusep Condrau, Disentis	1940 – 1948
Dr. Luigi Albrecht, Chur	1948 - 1954
Dr. Gion Darms, Chur	1955 – 1964
Dr. Donat Cadruvi, Ilanz	1964 – 1968
Toni Cantieni, Lenzerheide	1968 – 1974
Dr. Luregn Mathias Cavelty, Chur	1974 – 1980
Agostino Priuli, Chur	1980 – 1987
Dietmar von Blumenthal, Rodels	1988 – 1993
Dr. Vincent Augustin, Chur	1993 – 1997
Dr. Theo Maissen, Sevgein	seit 1998

die fraktionspräsidenten der cvp seit 1903

Dr. Julius Dedual, Chur	1903 – 1905
Christian Solèr, Vrïn	1905 – 1907
Dr. Johann Bossi, Chur	1907 – 1909
Gion Gieri Darms, Falera	1909 – 1915

Andreia Steier, Riom	1915 – 1919
Gion Disch, Disentis	1919 – 1920
Dr. Josef Vieli, Chur	1920 – 1926
Dr. Gion Darms, Falera	1927 – 1930
Dr. Giusep Condrau, Disentis	1931 – 1939
Dr. Giatgen Peder Sonder, Salouf	1939 – 1945
Dr. Rudolf von Toggenburg, Laax	1945 – 1959
Dr. Constantin Maron, Bonaduz	1959 – 1963
Dr. Donat Cadruvi, Ilanz	1963 – 1965
Dr. Gieri Vieli, Domat/Ems	1965 – 1968
Toni Cantieni, Lenzerheide	1968 – 1969
Leonhard Flepp, Bonaduz	1969 – 1982
Fridolin Hubert, Vals	1982 – 1985
Dr. Aluis Maissen, Chur	1985 – 1988
Baltermia Peterelli, Savognin	1989 – 1991
Simon Camartin, Disentis	1991 – 1997
Christoph Suenderhauf, Chur	1997 – 2002
Dr. Mario Cavigelli, Domat/Ems	seit 2002

Literatur:

Batz Hans Peter. Die Bündner Regierung. Diss. Basel 1978. (Anhang 315 ff).

Bundesverfassungen von 1848, 1874 und 1999.

Gasetta Romontscha. Disentis.

Handbuch der Bündner Geschichte. Quellen und Materialien. Band 4. Chur 2000. 373 ff.

Kantonsverfassungen von 1803, 1814, 1854, 1880 und 1892.

Liver Peter. Die Graubündner Kantonsverfassung von 1854. Chur 1954.

Metz Peter. Geschichte des Kantons Graubünden. 3 Bände. Chur 1989–1993 (Statistik).

Robbi Jules. Die Standespräsidenten und Vizepräsidenten des Kantons Graubünden von 1803 bis 1917. (Separatabdruck aus dem Graubündner Generalanzeiger 1917).

Staatskalender des Kantons Graubünden/Standeskanzlei Graubünden. Chur.

theo maissen



Die Vergangenheit ist Teil unserer Wurzeln – Wurzeln, welche die Mittler sind für die Lebenskraft und die politischen Inhalte der Zukunft. Für eine Partei christdemokratischer Ausrichtung bedeutet zu Beginn eines neuen Jahrtausends ein 100-jähriger Geburtstag deshalb in erster Linie ein Blick nach vorn. Zumal heute der Politik oft der Vorwurf gemacht wird, ihre Wertbindung zu vergessen oder gar verloren zu haben. Um so notwendiger ist es, darüber nachzudenken, welcher Massstab an die eigenen, die Zukunft bestimmenden Entscheide anzulegen ist. Es geht um den Anspruch einer christdemokratischen Volkspartei, sich im politischen Kräftefeld der heutigen Gesellschaft markant zu positionieren. Dies im Bewusstsein, dass unsere Gesellschaftsordnung geprägt ist von einem Menschenbild, das seine Ursprünge im Christentum hat: Der Mensch ist von Gott geschaffen. Daraus begründet sich die unbedingte Würde des Menschen. Dieses christliche Menschenbild ist auch Grundlage unserer Verfassung, bestätigt und erneuert in der Präambel der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und in der Präambel der neuen Verfassung des Kantons Graubünden vom 18. Mai 2003. Dieses Menschenbild beinhaltet die Balance von Freiheit und Verantwortung. Es ist Fundament der universal gültigen Rechte aller Menschen. Es begründet unsere Verantwortung im politischen Handeln. Es verpflichtet zur Solidarität mit den Schwachen, zum Streben nach Gerechtigkeit und Gleichberechtigung sowie zum Schutz menschlichen Lebens in Verantwortung vor Gott und den Menschen.

Zu der daraus abgeleiteten Verpflichtung zur Solidarität gehört auch eine eindringliche Hinwendung zu den Problemen der Weltregionen, in denen Unterdrückung, Hunger und Armut herrschen. Wenn von Freiheit und Gleichberechtigung als Grundlage der Demokratie die Rede ist, heisst das für die CVP, sich bewusst zu bleiben, welche Verpflichtungen für uns aus dem christlichen Bild vom Menschen erwachsen. Dieses Bild vom Menschen beinhaltet einen politischen Auftrag, der nicht an den Grenzen des eigenen Landes Halt macht; dieses Bild vom Menschen verpflichtet uns zum Einsatz für die universelle Geltung der Menschenwürde und Menschenrechte. Dieses Bild vom Menschen gebietet die Achtung aller Menschen aus allen Kulturen. Dieses Bild vom Menschen setzt aber auch Grenzen der Toleranz, die dort liegen, wo der Mensch in seinen natürlichen Rechten missachtet wird. Das christliche Bild des Menschen hat – unabhängig von seinen Ursprüngen – eine allgemeine und verbindliche Bedeutung, weil und insoweit es die Achtung jedes einzelnen Menschen als Person verlangt. Gleichzeitig schliesst das christliche Menschenbild das Wissen ein, dass Menschen Fehler machen und verführbar sind – auch durch

Macht und Machtmissbrauch. Unbeschadet der Verantwortung für die Schöpfung gebietet dieses Wissen um die menschliche Fehlbarkeit den Verzicht auf Grenzüberschreitungen, die Nützlichkeitswägungen über den grundsätzlichen Schutz allen menschlichen Lebens stellen.

Auf der Grundlage dieses Menschenbildes ist auch dem fundamentalen Veränderungsprozess zu begegnen, in welchem die gegenwärtige Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht. Angesichts zunehmender Globalisierung und Digitalisierung der Lebenswelt sind Antworten auf Fragen zur künftigen Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung gefordert. Es geht um die Weiterentwicklung des Modells der sozialen Marktwirtschaft. Diese sieht den Menschen als freie, verantwortliche Person, die im gesellschaftlichen Miteinander Rechte und Pflichten hat, welche mitbeinhalten, dass jeder einzelne seine wirtschaftlichen Angelegenheiten in der ihm gemässen Freiheit und Verantwortung regelt. Dies ausgehend von der Erkenntnis, dass das primäre Ziel jedes Wirtschaftens, nämlich die optimale Güterversorgung aller Menschen, nur zu realisieren ist durch Freiheit der Wirtschaftssubjekte, durch ihre ökonomische Kreativität – stets basierend auf dem Grundsatz, dass alle Menschen auf Grund ihrer unterschiedlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten verpflichtet sind, einen Beitrag zu dieser optimalen Güterversorgung zu leisten. Zugleich ist es aber auch Aufgabe der Gesellschaft und des politischen Handelns, alle zu befähigen, sich an diesem wirtschaftlichen Prozess zu beteiligen, also eigenverantwortlich zu handeln und Verantwortung für andere zu übernehmen.

Die soziale und wirtschaftliche Ordnung des 21. Jahrhunderts bedarf zur Verwirklichung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit einer von den Bürgerinnen und Bürgern getragenen Gesellschaft, denn soziale Gerechtigkeit in der Praxis bedeutet nicht, den Staat noch mehr auszuweiten. Im Gegenteil, es erfordert vielmehr, die Zivilgesellschaft zu stärken, die Freiheit und Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und zu aktivieren. Gefordert als Anstrengung ist eine erneuerte Sozialkultur: Im Blickfeld steht vor allem die Vielzahl an gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen, die einen eigenständigen Beitrag zur Erhöhung der gesellschaftlichen Wohlfahrt leisten können. Dazu gehören in erster Linie die Familien, aber auch gemeinnützige Einrichtungen wie Kirchen und privatrechtliche Organisationen sowie Formen wechselseitiger, nachbarschaftlicher Hilfe. Gefordert sind klare Regelungen der Verantwortlichkeiten, die, entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip, auf der unterst möglichen, dem Einzelfall angemessenen Ebene angesiedelt sind. Damit ist wiederum mehr Bürgernähe, mehr persönliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit möglich. Die grössere Nähe etwa auch der Erwerbsarbeit zu überschaubaren Lebensräumen, die Verankerung in einer "Heimat" sind die notwendige Ergänzung der Globalisierung der Wirtschaftsordnung.

Das christdemokratische Konzept der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung rechnet von seinen Anfängen an nicht mit einer Hochleistungsmoral einiger weniger Bürger. Vielmehr aner-

kennt das christliche Menschenbild – im Wissen um die Unzulänglichkeit des Menschen und um seine Möglichkeit, im Gebrauch der Freiheit zu scheitern – den Eigennutz als Antrieb jedweden marktwirtschaftlichen Handelns. Um die optimale Güterversorgung für alle Menschen erreichen zu können, bedarf es also der entsprechenden Institutionen, die den Erfolg des wirtschaftlichen Handelns nicht koppeln an moralische Motive einzelner, sondern Anreize schaffen, die vorteilhafte Resultate für jeden in Aussicht stellen, so dass mit der bereitwilligen Mitarbeit aller gerechnet werden kann. Zugleich aber bedarf es eines gemeinwohlorientierten Ethos aller Gesellschaftsmitglieder, um nicht die Institutionen und ihre Regelungen egoistisch zu unterlaufen und auszuhöhlen.

Keine politische Partei kann für ihre Weiterexistenz eine zwingende Garantie für sich in Anspruch nehmen. Dies gilt auch für die CVP. Die politische Daseinsberechtigung muss immer wieder von neuem erarbeitet und täglich bewiesen werden. Eine unverwechselbare, eigenständige politische Botschaft an die Öffentlichkeit, eine Sachpolitik die zu konsensfähigen Lösungen führt, die Berechenbarkeit der Haltung in Kernfragen der politischen Agenda sowie die Verfügbarkeit von Personen, die in Politikmandaten die Werte und Ideen der Partei in die Realität umsetzen, sind der Leistungsausweis und das Profil einer Zentrumspartei. Als solche wird die CVP auch in Zukunft ihren unverzichtbaren Beitrag leisten für eine staatliche Gemeinschaft, entgegen den Strömungen der Polarisierung und extremer Positionen, damit die Inhalte von einer solidarischen und dem inneren Zusammenhalt verpflichteten Schweiz auch für kommende Generationen Bestand haben werden.

Dafür bleibt noch viel zu tun, packen wir es an!



Titelseiten der Aktionsprogramme von 1991 und 1995.

zum schluss

Mit vorliegender Festschrift gedenkt die CVP Graubünden ihres 100-jährigen Bestehens. Die Autorinnen und Autoren haben auf Grund von eigenen Quellen, Protokollen, historischer Fachliteratur, alten Drucksachen und Zeitungsberichten, Unterlagen des kantonalen Staatsarchivs, der Kantonsbibliothek und der Standeskanzlei ihre Beiträge verfasst, ohne dass das Werk wissenschaftlichen Anspruch erhebt.

Lassen Sie uns, liebe Leserin, lieber Leser, zum 100. Geburtstag der CVP Graubünden allen Frauen und Männern danken, die in vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Zeit zum Bestehen und Erfolg der Partei beigetragen haben, beitragen und beitragen werden.

Für das Projektteam
René Hefti

ein wort des dankes

Die Geschäftsleitung der CVP Graubünden dankt dem Projektteam unter der Leitung von René Hefti und allen Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge in dieser Festschrift. Ohne ihre Mitarbeit wäre die Herausgabe nicht möglich gewesen.

Eine besondere Anerkennung verdient die Parteisekretärin Patricia Giger-Capeder für die Idee zur Herausgabe dieser Festschrift und für die intensiven Recherchen in historischen Quellen. Ein herzliches Dankeschön geht auch an Carmelia L. Maissen für die Gestaltung der Publikation sowie an die Sponsoren, die das Erscheinen der Festschrift überhaupt erst möglich gemacht haben. Dank gebührt ferner Ursus Brunold vom Staatsarchiv Graubünden für die zuvorkommende und kompetente Unterstützung.

Theo Maissen
Parteipräsident

weiter haben zum gelingen dieser festschrift beigetragen:

Vincent Augustin, Grossrat, Chur. Rolf Bless, Gewerkschaftssekretär Syna, Jenins. Ilario Bondolfi, Vizepräsident CVP Graubünden, Chur. Ursus Brunold, Staatsarchiv, Chur. Margreta Cabrin-Seeli, CVP-Frauen, Falera. Fridolin Cahenzli, Breil/Brigels. Toni Cantieni, Alt-Nationalrat, Lenzerheide. Luregn Mathias Cavelty, Alt-Ständerat, Chur. Stefan Eisenring, JCVP, Rhäzüns. Walter Frizzoni, Vizekanzleidirektor, Domat/Ems. Guido Jörg, Leiter ANR, Domat/Ems. Ida Maissen-Bruhin, Sevgein. Rudi Netzer, Savognin. Baltermia Peterelli, Alt-Standespräsident, Savognin.

Die vorliegende Festschrift konnte dank der finanziellen Unterstützung von aurax ag, Ilanz, und Stiftung M. O. Winterhalter, Chur, realisiert werden.

